

Rheinspange 553 – Ergebnisse der Online-Befragung im Rahmen des Beteiligungsscopings

Die Online-Befragung fand im Rahmen des sogenannten „Beteiligungsscopings“ statt. Ziel dieses Prozesses ist es, gemeinsam mit den interessierten Menschen in der Planungsregion ein schlüssiges und passgenaues Beteiligungskonzept zur Planung der Rheinspange 553 zu entwickeln. In den letzten Monaten fanden dazu bereits eine Online-Umfrage und zwei öffentliche Großveranstaltungen statt. So konnten wir die wesentlichen Bausteine und Maßnahmen eines Beteiligungskonzepts gemeinsam mit den Menschen der Region identifizieren.

Vom 8. bis zum 21. Januar hatten wir Sie noch einmal aufgefordert, uns bei der finalen Ausgestaltung des Konzepts zu unterstützen. Konkret haben wir gefragt, wie das zentrale Gremium zur Begleitung des Planungsprozesses, das Dialogforum, besetzt werden soll. Zu dieser Frage konnte im bisherigen Beteiligungsscopingprozess noch kein klarer Konsens herausgearbeitet werden. Auf der Basis der bisherigen Erkenntnisse hatten wir einen konkreten Vorschlag zur grundsätzlichen Zusammensetzung des Dialogforums und einen Vorschlag zur Benennung der Mitglieder formuliert, die noch einmal in einer [Online-Befragung](#) zur Diskussion standen.

Insgesamt haben uns noch einmal **mehr als 140 Personen** ihre Meinungen und Einschätzungen mitgeteilt. Zunächst ist festzuhalten, dass der überwiegende Teil der Teilnehmenden sich grundsätzlich positiv zu unseren Vorschlägen geäußert haben. Im Detail gab es dann aber auch noch viele hilfreiche und konstruktive Vorschläge für die Besetzung des Dialogforums.

Um die vielfältigen Anregungen auswerten zu können und um auch die spätere Nachvollziehbarkeit zu erleichtern, haben wir die Antworten zunächst kategorisiert. Insgesamt wurden dreizehn inhaltliche Kategorien gebildet. Antworten, die mehrere Kategorien betrafen, haben wir entsprechend mehrfach zugeordnet sein.

Für jede Kategorie hat Straßen.NRW eine **Stellungnahme** verfasst. So möchten wir transparent auszeigen, welche konkreten Schlüsse wir aus den eingegangenen Antworten ziehen.

Insgesamt zeigt sich, dass es unter den Teilnehmenden teils sehr unterschiedliche Ansichten zur Besetzung des Dialogforums gibt. Eine große Einigkeit herrscht aber darin, dass möglichst **gleichgewichtig die vielfältigen Perspektiven und Interessen der gesamten Region** vertreten sein müssen. Um das gewährleisten zu können, werden wir neben einem großen Anteil von Bürgerinnen und Bürgern unter anderem die Gebietskörperschaften des Planungsraums sowie Vertreter der Naturschutzverbände und der regionalen Wirtschaft in das Dialogforum einladen. Wir werden darauf achten, dass unterschiedliche Regionen des Planungsraums gleichsam vertreten sind. So werden wir für die begrenzten Plätze der Gruppe der interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie für die bereits organisierten Bürgervereine der Region eine Verlosung nach einem **räumlichen Verteilungsschlüssel** durchführen.

Viele Teilnehmenden der Online-Befragung waren sich außerdem darin einig, dass eine **offene und konstruktive Zusammenarbeit** im Dialogforum entscheidend ist. Eine Beschränkung der Teilnehmerzahl auf etwa 35 Mitglieder, eine anlassbezogene Beteiligung von Expertinnen und Experten sowie eine professionelle Begleitung der Sitzungen werden den Austausch auf Augenhöhe sicherstellen.

Im Folgenden finden Sie die tabellarische Übersicht der kategorisierten Antworten der Online-Befragung sowie die zugeordneten Stellungnahmen von Straßen.NRW. Die Antworten wurden **anonymisiert**. Weitere Anpassungen oder Änderungen wurden, um die Nachvollziehbarkeit sicherzustellen, nicht vorgenommen.

Wir werden nun die Erkenntnisse der Online-Befragung in das **Beteiligungskonzept** einarbeiten. Das finale Konzept wird in Kürze veröffentlicht und bekanntgemacht. Dort wird dann auch das konkrete Verfahren zur Besetzung des Dialogforums im Detail beschrieben.

Inhalt

Gruppenbesetzung (allgemein).....	1
Gruppenbesetzung (Kompetenzen).....	4
Gruppenbesetzung (Perspektiven).....	5
Gruppenbesetzung (regionale Verteilung).....	8
Gruppenbesetzung (zusätzliche Akteure)	17
Gruppenbesetzung (Zuordnungen).....	20
Gesamtgröße	21
Gruppengröße im Verhältnis.....	23
Einbeziehung Politik und Verwaltung	27
Vorgehen Losverfahren.....	29
Regeln für die Zusammenarbeit	34
Allgemeine Zustimmung	37
Sonstige Anregungen.....	39

Kategorie	Rückmeldung	Stellungnahme Straßen.NRW
Gruppenbesetzung (allgemein)	▪ Grundsätzlich gefällt mir die Dreiteilung gut. Bei der dritten Gruppe wäre es mir wichtig, wenn ich die Aufzählung in Klammern sehe, dass der Fokus eher auf Wirtschaft als auf Verbänden liegt. ▪ Grundsätzlich gut, die zweite Gruppe (Verbände..) sollte näher definiert werden. ▪ Was erwarten Sie denn vom einzelnen, interessierten Bürger? Der geht in der Regel einem Erwerb nach, der einen großen Teil seiner Zeit in Anspruch nimmt. Die Familie erfordert auch eine Menge Zeit und dann erwarten sie, dass der Bürger auch noch eine Menge Zeit dafür opfert um an dem Dialogforum teilzunehmen. Da werden nicht viele übrig bleiben! ▪ Bei den Verbänden und zivilgesellschaftliche Gruppen (z. B. Umwelt-/Naturschutzverbände, Verkehrsverbünde, Jugendorganisationen, Bürgervereine, Bürgerinitiativen u.a.). Diese Vertreter sind der Kern der betroffenen Bürger des Projektes. Bitte bei diesen Gruppen jedem einen Platz zusichern. Bitte die Teilnehmerzahl von 50+ Überdenken. ▪ Bei der Gruppe 1 interessierte Bürger, dürfte es schwierig werden geeignete Personen zu finden die ausreichende Kenntnis besitzen bei Verkehrs- und Straßenplanungen mitzureden. Nicht jeder der einen Führerschein besitzt und Auto fahren kann versteht etwas von Verkehrsplanung. Deswegen würde ich Mitgliedern von Bürgervereinen auch mehr Raum einräumen, da diese sich im Vorfeld schon viele Gedanken gemacht haben und die Materie kennen. Unqualifizierte Quacksalber mit Geltungsdrang sind hierbei auszuschließen. Der berufliche Stand der einzelnen Mitglieder wäre von großem Nutzen um die Ernsthaftigkeit zu untermauern. soweit meine Anregungen. ▪ 1. Bürgerinitiativen gegen den Bau der Rheinspange in Godorf gibt es schon lange, da dies der über lange Zeit in der Öffentlichkeit präsente Vorschlag war. Initiativen im Bereich einer möglichen südlichen Rheinspange sind erst in der Gründung. Es sollte also die Möglichkeit geben, das neue Gruppen - Institutionen auch aktiv eine Mitwirkung beantragen können. Es ist auf jeden Fall zu vermeiden, dass mehr Interessenvertreter der Initiativen aus dem Einzugsgebiet einer der beiden möglichen Trassen überwiegt. 2. Wie soll sichergestellt werden, dass es sich bei den beteiligten Einzelpersonen nicht um Interessenvertreter einzelner Bürgerinitiativen oder Organisationen handelt? ▪ Pos. 1+2 Scheint plausibel, was die Gewerkschaften da sollen (Pos 3) erschließt sich mir aber nicht. Städte/Gemeinden ist auch klar, ebenso NRW ▪ Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst unterstütze ich ihren Vorschlag voll, Auch den Hinweis dass die TN entsprechend des Projektfortschrittes wechseln können aber es sollte nicht ein dauerndes Wechseln sein, denn dies könnte die Kontinuität der aufgenommenen Arbeiten erschweren auch hinsichtlich der sich entwickelnden persönlichen Zusammenarbeit die ja eine bedeutende Rolle spielt. Die fachliche Begleitung durch die Agentur sollte auch nicht wechseln, da besonders die beteiligten Bürger hier auch ein Vertrauen aufbauen und eine Unterstützung darin sehen. Die Industrie wird immer auch mit direkten wirtschaftlich getriebenen Eigeninteressen verbunden und da ist ein ausgleichendes vermittelndes Element ohne Zweifel fortschrittsfördernd. Ergänzen möchte ich, dass bei den Gremiensitzungen zunächst zum Start ein professioneller Moderator/ Mediator fest mit eingeplant ist. Auch möchte ich vorschlagen, dass die Sitzungen in Form von Ergebnisprotokollen dokumentiert werden und prozessentscheidende Vereinbarungen die zwischen den Akteuren getroffen werden	In dem Gremium sollen drei Gruppen zu etwa gleichen Teilen vertreten sein. In der Gruppe (1) können sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus der Region beteiligen, die sich als Privatpersonen in die Planung der Rheinspange 553 einbringen möchten. Wir werden dabei eine räumliche Einteilung vornehmen in Nord und Süd sowie links- und rechtsrheinisch (Details siehe unter „Vorgehen Losverfahren“). In der Gruppe (2) der Zivilgesellschaft werden Plätze für Naturschutzverbände, Jugendvertreter und die bereits organisierten Bürgerinitiativen zur Rheinspange 553 reservieren. Sollten sich weitere Bürgerinitiativen zu dem Vorhaben gründen, können diese ggf. in das Gremium aufgenommen werden, wenn sich die Mitglieder darauf verständigen. Darüber hinaus wird es in der Gruppe (2) Plätze für die Bürgervereine der Region geben. Da diese zu zahlreich sind, als dass sie alle einen Platz im Forum bekommen könnten, wird hier ebenfalls das Los entscheiden. (Details siehe unter „Vorgehen Losverfahren“). Die Gruppe (3) wird durch Vertreter der regionalen Wirtschaft, Gewerkschaftsvertreter und die Vorhabenträger Schiene besetzt. Zudem sollen dauerhaft auch die sechs Gebietskörperschaften des engeren Planungsraums in dem Gremium vertreten sein.

	schriftlich festgehalten werden. Darüber gibt es sicherlich noch weitere Details die dann aber seitens der gewählten TN in der konstituierenden Auftaktsitzung besprochen werden sollen. Dies würde bei dieser Umfrage zu weit führen. - zu 1. Interessierte Bürgerinnen und Bürger (interessierte Menschen aus der Region, die nicht bereits in Verbänden oder Vereinen organisiert sind, z. B. möglicherweise Betroffene) Wenn man diese Anforderung zu eng fasst, wird es schwer werden, hier geeignete Personen zu finden. Im Rheinland sind fast alle Bürger Mitglied in einem Verein (Karneval, Sport usw.) oder einer Gewerkschaft. Man sollte dies auf die Funktionsträger in den Vereinen beschränken. Grundsätzlich halte ich den Ansatz mit dem Dialogforum für geeignet. Die Diskussion wird - bezogen auf die Situation in Wesseling - allerdings nicht einfach werden. - Straßen.NRW ist viel daran gelegen, dass insbesondere die Bürgerinnen und Bürger aus der Region die Chance haben, sich und ihre Interessen in das Dialogforum einzubringen. Das hört sich zunächst gut an, wird aber vermutlich darauf hinaus laufen, dass primär Personen aus dem Umkreis der - sich vermutlich in der nächsten Zeit bildenden - Bürgerinitiative dort melden. Die direkt betroffenen Personen werden sich vermutlich in der BI dann organisieren. Viel Alternativen würden mir dazu aber auch nicht einfallen. Problem ist auch, dass sich der Kreis der an Kommunalpolitik interessierten Bürger in Wesseling im Rahmen hält. Will sagen: Man trifft immer wieder auf die gleichen Personen. Viel Glück! - Ich finde es Sehr gut, wenn sich alle Schichten und Parteien der Bevölkerung an der Planung und Entscheidung beteiligen können. - Zu den Verter/innen der zivilgesellschaftlichen Gruppen: Wer von den organisierten Bürgervereinen/-initiativen wird aktiv angeschrieben? Und nach welchen Kriterien? Oder werden alle angeschrieben, die bisher am Beteiligungsscoping teilgenommen haben? Werden diejenigen, die nicht berücksichtigt werden, darüber mit einer nachvollziehbaren substantiellen Begründung informiert? -- Ansonsten verliert die Legitimität des Dialogforums an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Wie können diejenigen, die nicht Mitglieder des Dialogforums geworden sind, ihre Argumente und Interessen geltend machen? Wie können sie sich zeitnah oder indirekt im aktuellen Diskurs beteiligen? Ein Lösungsansatz könnte sein, dass die Vertreter/innen jener zivilgesellschaftlichen Gruppen, die im Dialogforum vertreten sind und den Draußengebliebenen inhaltlich am nächsten stehen, sich verbindlich auch für diese als zeitnah funktionierende Kommunikationsbrücke zur Verfügung stellen müssen. Zu den Vertreter/innen der Bürger/innen: Wie werden beteiligungsferne aber dennoch betroffene Bürger/innen erreicht und im Dialogforum repräsentiert? Eine zusätzliche gewichtete demographische Zufallsauswahl kann hier sinnvoll sein und würde die Glaubwürdigkeit der Repräsentativität erhöhen. - Der Vorschlag ist fair und verständlich. Es ist jedoch sehr wichtig, dass von den Vertretern der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften nur die teilnehmen, die auch ein Interesse am Entwicklungsprozess haben und weniger nur entsandt sind. Dies würde den Prozess torpedieren. Das Bewerbungsverfahren ist der Situation angemessen und bietet jeder interessierten Person die mögliche Beteiligung am Dialogforum. - Okay, solange der Auswahlprozess und die dahinterliegenden Kriterien transparent sind. s. meinen ersten Hinweis. Wichtig ist Transparenz im Auswahlprozess. - Finde ich in Ordnung, wenn eine objektive Vergabe erfolgt.	
--	--	--

- Grundsätzlich findet Ihr Vorschlag meine Zustimmung.
Da die Gruppen 2 + 3 dann maximal je 12 Vertreter stellen dürfen, werden wahrscheinlich mehr Bewerber, als Plätze vorhanden sein. Deshalb sollten einige Pflichtmitglieder benannt werden, die in jedem Fall vertreten sein müssen und nur unter den restlichen Bewerbern gelost werden.
Falls noch nicht vorgesehen, sollte in einer dieser Gruppen die Ingenieurkammer Bau NRW vertreten sein. Die Kammer ist neutral, unpolitisch und hat im Bedarfsfall Zugriff auf ein großes Potential an Bauspezialisten aller Fachrichtungen. Die würde ich als Pflichtmitglied ansehen.
Es ist darauf zu achten, dass auf keinen Fall Einzelpersonen aus dem direkten Umfeld oder Dunstkreis der Bürgerinitiativen und Interessenverbände den Zugang in Gruppe 1 finden.
Bei den ausgewählten Personen der Gruppe 1 sollte ein Mindestmaß an Fachkenntnissen vorhanden sein und die Fähigkeit des Einzelnen das Projekt als Ganzes zu begreifen. Insofern scheidet eine reine Auslosung unter Hunderten aus meiner Sicht aus. Die Auswahl dieses Kreises der Gruppe 1 erscheint mir extrem schwierig. Vielleicht sollten aus den geeigneten Bewerbern 2/3 der Teilnehmer durch eine Jury bestimmt werden und 1/3 durch Los oder ähnlich. Auf keinen Fall sollten die direkt Betroffenen überrepräsentiert, aber dennoch vertreten sein. Von diesem Kreis der interessierten Bürger sollte der absolut überwiegende Teil in irgend einer Weise fachkundig sein.
Die Federführung in allen Foren sollte immer bei Str-NRW liegen.

Gruppenbesetzung (Kompetenzen)

- Die grundsätzliche Zusammensetzung bewerte ich positiv.
Die Teilnehmer sollten gut vernetzt sein, damit in die Breite der Bevölkerung hinein kommuniziert werden kann. Dies schafft Vertrauen und Verständnis.
Insbesondere die Beteiligung der Bürgerschaft hat als Novum im frühen Beteiligungsprozeß eine positive Wirkung.
- Ein Losverfahren bei einer hohen Bewerberzahl ist nur dann sinnvoll, wenn aus einer homogenen Gruppe ausgelost wird.
Im übrigen sollte nach Faktoren wie Kompetenz im jeweiligen Gebiet, Gesellschaftliche Vernetzung und Dialogbereitschaft entschieden werden.
Welches Verfahren auch angewandt wird, es kann meistens nicht jedem gerecht werden.
- Das Los kann nicht über die Beteiligungsfähigkeit der betroffenen Menschen entscheiden.
Mindestens die Hälfte der Sitze sollten für organisierte oder unorganisierte Bürgervertreter reserviert sein.

Wir gehen davon aus, dass sich lediglich Bürgerinnen und Bürger für einen Platz im Dialogforum bewerben, die auch Interesse für das Projekt und das Beteiligungsverfahren mitbringen. Dieses Interesse ist die wichtigste Grundlage für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Dialogforum.

Eine Repräsentativität kann ein solches Gremium niemals gewährleisten. Unser Ziel ist es aber, möglichst viele unterschiedliche Perspektiven abzubilden. Deswegen wollen wir gerade nicht ausschließlich Menschen mit einer gewissen Vorbildung beteiligen, sondern ausdrücklich auch Menschen, die sich bisher vielleicht noch nicht ausführlicher mit dem Thema Straßenbau auseinandergesetzt haben, sich aber einbringen wollen und im Laufe des Prozesses sicherlich wertvolle Ideen entwickeln und einbringen. Eine Vorauswahl der Teilnehmenden nach Kompetenz ist daher nicht nötig und darüber hinaus auch aus praktischen Gründen kaum möglich.

Zudem werden die Sitzungen des Dialogforums durch unseren Dienstleister, die IFOK GmbH, begleitet und moderiert. Damit wird eine professionelle Prozessgestaltung sowie eine umfassende Unterstützung aller Gremienmitglieder sichergestellt.

Gruppenbesetzung (Perspektiven)

- Sehr geehrte Damen und Herren,
grundsätzlich halte ich Ihren Vorschlag für gut, sofern gewährleistet wird, dass eine hälftige Besetzung mit Bürgern gewährleistet wird.
Bezüglich der politischen Amtsträger, die das Projekt aus wirtschaftlichen Interessen unterstützen, bin ich der Meinung, dass diese dann eigentlich fast schon eher in die Gruppe 3 Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften gehören müssten.
Gäste nach Bedarf einzuladen sollte jederzeit möglich sein, seien es Politiker, Umweltspezialisten, Gutachter, Ingenieure oder sonstige Experten, die zu einer bestmöglichen und zielführenden Lösung mit beitragen können.
Der von Ihnen postulierte Satz Die Kraft des Arguments muss zählen muss zählen würde ich sogar zum Namen oder eher noch zum Motto des Dialogforums machen wollen. Hoffentlich kommt Ihr Grundgedanke auch zum Tragen und es passiert nicht, dass aufgrund von Mehrheitsinteressenten kleinere Gruppen oder Einzelne gar kein Gehör finden geschweige denn überhaupt zu Wort kommen. Gleiches trifft auch für das Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger zu. Bei der Auswahl der Teilnehmer am Dialogforum sollte unabdingbar auf die Ausgewogenheit von Pro und Contra geachtet werden. Direkt betroffenen Bürgern (Pro und Contra) sollte auch hier unbedingt der Vorzug gegeben werden. Dass Interessengruppen u. U. versuchen könnten, zusätzliche Vertreter einzuschleusen, ist nicht ganz auszuschließen. Deswegen ist, wie oben bereits von mir erwähnt, der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von eminent wichtiger Bedeutung.
Eine umfangreiche Information bereits vor dem Bewerbungsverfahren darüber, dass das Projekt Rheinspange tatsächlich gestartet wird, wäre sehr wichtig und zielführend. Viele Bürger glauben das aufgrund der zahlreichen Zeitungs-Sommerloch-Geschichten leider immer noch nicht bzw. haben deswegen die Ernsthaftigkeit der Lage noch nicht erkannt.
- Diesen Vorschlag halte ich grundsätzlich für gut, auch das betroffene Anwohner ein Mitsprache Recht bekommen, nur sollte man hierbei auch hierbei darauf achten, dass diese nicht nur Befürworter des Projektes sind. Auch hier müsste eine gesunde Mischung sein.
- Prinzipiell gut. Wichtig, dass innerhalb der Gruppen unterschiedliche Meinungen vertreten sein werden. Bei der Bürger-Gruppe bspw. Profiteure (die ihr Grundstück teuer verkaufen wollen), Verlierer (deren Grundstück beeinträchtigt wird und dadurch an Wert verliert) und Nutznießer (die sich eine verbesserte Verkehrsanbindung für ihre Enkel ;-) wünschen).
In der zweiten Gruppe sollte der Umwelt- und Naturschutz unbedingt vertreten sein, vielleicht Radfahrer, die sich einen Radweg auf der Brücke wünschen etc.
Und auch in der dritten Gruppe sollte ebenso Platz für Fahrbetreiber, die nach 2040 ;-) einpacken können, wie auch für Spediteure etc.
- Ich finde es schon fast zu hoch die Mitglieder anzahl, da es immer zu Interessenkonflikten kommen wird.
Es gibt auch sicherlich Gruppen die komplett dagegen oder dafür sind, solche vereine oder Gruppen sollten nicht allzu stark besetzt werden da sie nicht Global denken sondern nur ihre eigenen Interessen vertreten.
Aber an sich der Gedanke, die Bürger zu Informieren und gezielt ansprechen durch Infostände finde ich eine sehr gute Idee. Allerdings muss man hierbei darauf achten das an jedem Stand auch jemand steht der die Fragen und Anregungen der Bürger aufnimmt bzw. antworten kann.
Ich finde die Vorgehensweise für die Vergabe der Mietglieds plätze so in Ordnung.
- Um eine große Akzeptanz des Vorhabens zu erreichen, denke ich das es wichtig ist die kritischen Stimmen mit ins Forum zu nehmen. Wichtig, dass die Gruppen eine gleich große Gewichtung haben, also die Stimme der Wirtschaft, die diese Brücke um jeden Preis haben möchten, nicht höher

Ziel des Dialogforums ist es, konkrete Fragen und Themen zur Planung zu identifizieren, zu diskutieren und Empfehlungen zu entwickeln. Dabei geht es nicht um demokratische Mehrheitsentscheidungen, sondern um den Austausch und das Einbringen unterschiedlicher Perspektiven. Ihre Antworten sowie die Beiträge aus den zwei öffentlichen Großveranstaltungen zeigen, dass es bereits vielfältige Blickwinkel auf das Projekt Rheinspange 553 gibt. Für Straßen.NRW ist es von großer Bedeutung, dass im Dialogforum alle wichtigen Interessen vertreten sind. Das sehen wir grundsätzlich mit unserem Vorschlag gewährleistet.

Einen räumlichen Verteilschlüssel werden wir für die Gruppe (1) der Bürgerinnen und Bürger sowie für die Bürgervereine in Gruppe (2) anwenden. Das heißt konkret, wir werden dafür sorgen, dass sowohl Bürgervertreter aus dem nördlichen und südlichen, als auch aus dem links- und rechtsrheinischen Planungsraum in dem Dialogforum vertreten sein werden. (Details siehe unter „Vorgehen Losverfahren“)

Zudem wird es im Laufe des gesamten Planungsverfahrens immer wieder Möglichkeiten für interessierte Menschen geben, die nicht Mitglied des Dialogforums sind, ihre Anregungen in den Prozess einzubringen, beispielsweise über die angedachten Info-Messen oder mögliche Planungswerkstätten.

Auch ist die Zusammensetzung des Dialogforums nicht in Stein gemeißelt. Sollten sich neue Betroffenheiten oder Interessen ergeben, ist es grundsätzlich auch möglich, neue Mitglieder aufzunehmen. Solche und andere Verfahrensweisen regeln die Mitglieder typischerweise in einer Art

	bewertet wird wie die der betroffenen Bürger. Ich glaube nicht, dass es möglich sein wird, die Plätze der interessierten Bürger so zu besetzen, wie angedacht. Die interessierten Bürger dürften bereits entsprechend in Vereinen und Initiativen organisiert sein. Wie will man das auch vermeiden/überprüfen? Es blieben dann eher nicht ganz so interessierte Bürger übrig. Ob diese mit ins Forum sollten, ist ebenfalls fraglich. Aus meiner Sicht werden sich vor allem Menschen engagieren, die aus der direkten Umgebung kommen und eher ablehnend eingestellt sein werden, weil sie die negativen Auswirkungen werden tragen müssen. Die Vorteile der Brücke werden eher Menschen haben, die etwas weiter weg wohnen. Diese dürften sich aber kaum am Dialogforum beteiligen wollen. • Grundsätzlich finde ich die Idee eines solchen Forums gut, nur sollte dabei auf eine ausgewogene Verteilung der Plätze geachtet werden. Bei den erwähnten Gruppen werden zwei mit Sicherheit gegen alles mögliche bei diesem Vorhaben etwas zu meckern haben. Deswegen sollten bei der Gruppe der Betroffenen vielleicht auch Pendler eingeladen werden, die von diesem Vorhaben profitieren würden. Man muss hier auch aufpassen, dass sich hier dann nicht selbsternannte Experten profilieren wollen. Behördenvertreter und ggfs. entsprechende Sachverständige sollten auch bei einem solchen Forum anwesend sein. • Sehr geehrte Damen und Herren, ich halte den vorgestellten Vorschlag über das Dialogforum generell, sowie Ihre Idee der Besetzung der enthaltenen drei Gruppen für einen sehr guten Ansatz. Hierbei scheint mir insbesondere die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven zum Projekt Rheinspange 553 von Beginn an der richtige Weg um dieses zügig und erfolgreich umsetzen zu können. • Sehr geehrte Damen und Herren, auch dieser Ansatz scheint mir sinnvoll zu sein. Ich möchte zu Bedenken geben, dass Bürger nicht nur durch die Umsetzung des Projektes betroffene Bürger sein können, sondern auch durch Nichtumsetzung, Stichwort Pendler. Ich wünsche mir, dass bei der Auswahl der Bürger auf eine paritätische Auswahl aus beiden Lagern geachtet wird. • Positiv; man sollte jedoch darauf achten, dass die Zusammensetzung ausgewogen ist und auch alle möglichen Interessen repräsentiert. Dies sowohl auf die Region / Wohnsitz bezogen wie auch auf das jeweilige Motiv des Einzelnen (man sollte nach dem Motiv fragen, weshalb eine Person an dem Gremium beteiligt werden soll. Andernfalls bestünde m.E. das Risiko, dass Interessensgruppen (gleich aus welcher Richtung) versuchen Einfluss zu nehmen. • Die Besetzung und Auswahl der Beteiligten für das Dialogforum und dessen Größe halte ich für richtig. Wobei allerdings zwingend gewährleistet sein muss, dass das Gremium von Befürwortern und Gegnern der unterschiedlichen Planungsvarianten paritätisch besetzt sein muss. Dies gewährleistet, dass auch die Meinung von z. Zt. noch weniger gut Organisierten und Informierten ihre entsprechende Berücksichtigung findet. • Die Anzahl finde ich angemessen. Es sollte jedoch möglich sein Vertreter zu entsenden, falls ein Teilnehmer nicht kann. Wichtig wäre meiner Meinung nach eine Auslosung welche die Befürworter/Feinde der Nord und Süd Variante gleich behandelt. Somit kann verhindert werden dass ein Lager im Dialogforum nicht gehört werden kann. Eine Beteiligung der Jugend wäre meiner Meinung nach auch wichtig. Die Jugend ist schließlich die	„Geschäftsordnung“ gleich in der ersten Sitzung.
--	---	--

	Gruppe die am längsten mit der Entscheidung leben muss. Hier sollte man eventuell Jugendvereine bzw. Vertreter mit einbeziehen. • Grundsätzlich halten wir eine vielfältige Besetzung für sinnvoll um alle Sichtweisen der jeweils Betroffenen im Prozess zu berücksichtigen. Weiter finden wir eine paritätische Besetzung äußerst wichtig um Ungleichgewicht zu vermeiden. • auch hier bitte auf Ausgewogenheit achten • Der Losentscheid über die Teilnahme an den Gremien ist in Ordnung unter der zwingenden Voraussetzung, dass Befürworter und Gegner der einzelnen Planungsvorschlägen gleichermaßen berücksichtigt werden. (siehe auch meine Beurteilung in Abschnitt 1) • Da alle wichtigen Perspektiven im Dialogforum repräsentiert sein müssen, ist meine Forderung, dass Kritiker bzw. Befürworter beider Trassenvarianten in Gruppe 1 paritätisch vertreten sind. Die Variante Niederkassel-Urfeld wurde sehr spät bzw. gar nicht kommuniziert, so dass eine entsprechende Interessengruppe beim Scopingprozess nicht anwesend war. Auch hier fordere ich eine paritätische Zusammensetzung der Gruppe 2.	
--	--	--

Gruppenbesetzung (regionale Verteilung)

- ja der Vorschlag zum vorgehen ist gut. Ich würde aber gerade betr. der TN welche durch die Auftraggeber ausgewählt werden, diejenigen besonders in die engere Auswahl stellen, welche auch bei den bisherigen Veranstaltungen zu dem Projekt anwesend und aktiv waren und damit den Prozess effizient weiterbegleiten und voranbringen können.
Bitte bei der Auswahl auch Verkehrsträger Schiene mit berücksichtigen. Dieser Hinweis kam vermehrt während der Veranstaltungen
Besonders gut gefällt mir übrigens der Hinweis, dass die Mitarbeit auch mit Arbeitsaufwand verbunden ist und damit sich an ernsthafte Mitgestalter richtet.
Ich wünsche uns allen einen dialog getriebenen Fortschritt und rasche Umsetzung der Massnahme
- Das Losverfahren ist sehr kritisch zu betrachten. Es kann sein, dass dadurch Akteure, die zwingend dabei sein müssten und sich bisher stark engagiert haben (z. B. BUND, BIs der direkt Betroffenen) nicht vertreten wären, dafür aber z. B. Bürgervereine der rechtsrheinischen Bezirke, die nicht direkt Anlieger wären. Direkten Anliegern ist Vorrang einzuräumen. Der BUND als wesentlicher Akteur darf nicht weggelost werden und muss als Teilnehmer gesetzt sein.
Ein Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger ist sinnvoll. Bei der Auswahl der Teilnehmer muss auf die Ausgewogenheit Pro/Contra geachtet werden. Direkt betroffenen Bürgern (Pro und Contra) ist auch hier der Vorzug zu geben. Da nicht auszuschließen sein wird, dass Interessengruppen versuchen zusätzliche Vertreter einzuschleusen, ist der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von besonderer Bedeutung.
Eine umfangreiche Information vor dem Bewerbungsverfahren darüber, dass es mit der Rheinspange wirklich losgeht, ist wichtig. Viele Bürger glauben das bisher nicht.
- Die grundsätzliche Zusammenstellung ist ok. Der Kreis sollte auch nicht zu groß werden.
Hier ist darauf zu achten, dass bei den interessierten Bürgern auch eine Betroffenheit besteht, z.B. durch regionale Nähe zum Suchraum.
- Sicher sollte man vor allem Bürger aus der Region nach Ihrer Meinung befragen. Darüberhinaus vor allem Menschen, für die dieser Neubau eine wirkliche Entlastung wäre. Aber ganz ehrlich, wir haben nicht die Zeit jahrelang einen Dialog zu führen ob man eine zusätzliche Brücke über den Rhein braucht oder nicht. die Notwendigkeit steht ausser Frage und sie sollte schnell kommen. Daher würde ich mir hier eher etwas mehr praktisches handeln als ewigen Dialog wünschen.
- Die Größe des Gremiums mit 30 - 35 Personen + Fachvertreter halte ich für gut. Die Verteilung auf die drei Interessengruppen halte ich auch für sinnvoll. Eine Beteiligung der Kommunen (Wesseling, Bornheim, Niederkassel, Köln ggfs. auch noch Bonn) würde ich als ständige Teilnehmer auf jeweils einen Vertreter begrenzen. Gleiches gilt für die Kreise. Von Fall zu Fall sollte max. ein weiterer Fachvertreter zugelassen werden. Bei der Beteiligung der Interessengruppe der interessierten Bürger schlage ich eine Beteiligung in Relation zur Bevölkerung der betroffenen (durch Verkehr und/oder Lärm) Ortsteile vor. Hierbei würde ich eine Zone von 3-5 km rund um die geplante Trasse als primär betroffen definieren.
- Sind Sie sicher das alle Interessierten bisher schon in den beiden Veranstaltungen vertreten waren? Die Variante Köln-Godorf ist ja schon lange bekannt. Das es eine Variante Urfeld/Niederkassel gibt, weiß ich erst seit kurzem. Daher gehe ich davon aus das auch die bisherigen Teilnehmer sich eher wegen der Godorf-Variante beteiligt haben. Es stellt sich als die Frage ob die Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen sowie die Gruppe Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften ausgewogen besetzt ist, bzw. wird.
- Das Problem wird sein, die Gruppe der Bürger aus der Region vernünftig zu besetzen. Bei der Bewerbung sollte deshalb angegeben werden, auf welchem Gebiet der/die Bewerber/in tangiert ist (Grundstück, Lärm, Verkehrsverbindung usw.).

Repräsentativität im strengen wissenschaftlichen Sinne kann ein Dialogforum niemals gewährleisten. Es geht in dem Gremium auch nicht um demokratische Mehrheitsentscheidungen, sondern um den Austausch unterschiedlicher Perspektiven und um die Kraft des Arguments.

Wir sind uns aber darüber im Klaren, dass die Besetzung des Dialogforums ausgewogen gestaltet werden muss. Die regionale Verteilung der Mitglieder des Dialogforums ist dabei eine zentrale Herausforderung.

Einen räumlichen Verteilschlüssel werden wir für die Gruppe (1) der Bürgerinnen und Bürger sowie für die Bürgervereine in Gruppe (2) anwenden. Das heißt konkret, wir werden dafür sorgen, dass sowohl Teilnehmer aus dem nördlichen und südlichen, als auch aus dem links- und rechtsrheinischen Planungsraum in dem Dialogforum vertreten sein werden. (Details siehe unter „Vorgehen Losverfahren“)

Es gibt in der Planung, die noch ganz am Anfang steht, keinerlei Vorfestlegung auf bestimmte Varianten. Dennoch ist es durchaus zu beobachten, dass bisher vor allem im nördlichen Planungsraum ein Interesse an dem Prozess besteht – aufgrund der beispielhaften Linienführung im Bundesverkehrswegeplan. Wir werden daher ganz bewusst auch die Interessen des südlichen Planungsraums im Blick behalten und in den Prozess einbinden. Bevor ein Bewerbungsverfahren für die Bürgervertreter im Dialogforum gestartet wird, werden wir noch einmal im gesamten Planungsraum und sehr gezielt auch noch einmal im südlichen Wesseling und in Niederkassel über diese Möglichkeit, sich dauerhaft in die Planung einzubringen, informieren.

- Aus meiner Erfahrung aus dem Scoping zur Rheinvertiefung (N.Walluf - St. Goar) können wir nur eine größere Anzahl von Personen aus dem Kreis der Direktbetroffenen vorschlagen. Die Anzahl der Vereins- und Verbandsvertreter kann u.E. mit einer Person (pro) vollkommen ausreichend sein! Unsere Anregungen würden sich nur auf die Bauart, Bauausführung, Verkehrsführung Rhein beschränken.
Falls aber von Strassen NRW gewünscht, können wir unsere Schifffahrtserfahrung einbringen.
- Es muss gewährleistet sein, dass die beteiligten Bürger und gesellschaftlichen Gruppen zu gleichen Teilen aus den Einzugsgebieten der nördlichen als auch der südlichen Planungsvariante stammen.
- Ich denke, dass die betroffenen Bürger (die in unmittelbarer Nähe wohnen) schon eine feste Anzahl der Plätze erhalten sollten. Bei einem Losverfahren ist die Gefahr groß, dass ganz viele Menschen aus Porz-Wahn, Rheidt oder Mondorf am Tisch sitzen und die Bürger aus Lülisdorf, Ranzel oder Langel die die Konsequenz des Forums tragen müssen nicht dabei sein werden.
- Mit diesem Verfahren besteht die Gefahr, dass die Interessen der Wesselingener Bürger in der Gruppe keine Berücksichtigung finden.
Argumente:
 1. Aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 ist nicht ableitbar, dass eine Süd-Variante als Rheinspange 553 bei Urfeld (Rheinquerung Niederkassel-Urfeld) untersucht wird: Der Streckenbeginn bei Köln-Godorf ist durch den 4-streifigen Ausbau des westlich anschließenden Straßenzuges (derzeit L150) bedingt, der auf Dauer eine zweibahnige Durchgängigkeit bis zur A553 bei Brühl erschließt. Somit entsteht eine Autobahnverbindung zwischen dem AK Bliesheim (A1/A61/A553) und dem neuen AD Köln-Lind (A553/A59).
 2. Die Wesselingener Bürger konnten daher von der Querung des Rheines in Godorf in Verlängerung der Kerkrader Straße mit einer Trassenbündelung Schiene/Straße ausgehen.
 3. Im Gegensatz zu den rechtsrheinischen Ortschaften des Rhein-Sieg-Kreises und den Stadtteilen Kölns ist deshalb eine öffentliche Wahrnehmung des Projekts noch nicht vollumfänglich vorhanden. Initiativen und Interessengruppen konnten sich daher noch nicht ausreichend informieren oder formieren.
 4. Deshalb sind vor Abschluss der personellen Besetzung des Dialogforums als zentrales Gremium der Öffentlichkeitsbeteiligung an dem Vorhaben alle im Planungsgebiet betroffenen Bürger schriftlich über das Beteiligungsscoping und den Planungsauftrag von Straßen.NRW zu informieren.
 5. Der Termin 21.01.2018 ist deshalb entsprechend zu verschieben bis alle im Planungsgebiet betroffenen Bürger.
 6. Nur so kann eine angemessene Berücksichtigung auch der Interessen Wesselingener Bürger und eine Transparenz des Verfahrens sichergestellt werden.
- Grundsätzlich ist der vorgenannte Vorschlag gut.
Ich bitte aber zu berücksichtigen, dass aus dem GESAMTEN PLANUNGSRAUM Personen in allen drei Gruppen vertreten sind.
Nach Möglichkeit sollte die Verteilung paritätisch nach Varianten besetzt sein.
- **WIDERSPRUCH**
Es müssen Bürgerinitiativen aus dem gesamten Planungsraum paritätisch nach Varianten beteiligt werden.
Über die Nordvariante wurde im Mai 2017 die Bevölkerung informiert, über die Südvariante ist bis heute noch keine Information über den Landesbetrieb erfolgt. Es müssen auch BI aus Urfeld und Niederkassel zugelassen werden, die von der Südvariante betroffen wären - insbesondere da sie sich bis jetzt noch nicht aktiv einbringen konnten.
Hier sollte auch das Losverfahren getrennt nach Betroffenenheiten der Varianten durchgeführt werden.

- Ich finde es nicht gut das ausgelost wird. Da es wahrscheinlich aber keine andere Möglichkeit gibt, wenn amn die Personenanzahl beschränkt, sollten man darauf achten das beide Rheinseiten gleich vertreten sind. (Unternehmer wie Bürgen)
- Diese Zusammensetzung finde ich grundsätzlich gut. Es sollte aber darauf geachtet werden, dass diese drei Interessengruppen auch innerhalb der Gruppe gerecht vertreten sind. Bspw. das die interessierten Bürger zu jeweils gleichen Teilen aus allem betroffenen Gebieten vertreten sind. Genauso gilt dies für die Verbände und Vertreter der Wirtschaft.
- Es sollten die Anwohner der möglichen Trasse, insbesondere in Urfeld, angemessen vertreten sein.
- Der Vorschlag ist soweit in Ordnung! Der Bürgerblock sollte jedoch paritätisch aus allen Wesseling Stadtteilen besetzt werden u d nicht nur von Urfeldern!
- Ich finde diesen Vorschlag gut. Für die beteiligten Bürger sollte auf eine gleichmäßige Verteilung hinsichtlich der Betroffenen Wohngebiete (Keldenich, Walsiedlung, Urfeld) geachtet werden. Ich wohne mit meiner Familie im Malerviertel in Wesseling Keldenich und bin an einer Mitarbeit in diesem Forum sehr interessiert. Mit freundlichen Grüßen
- Die Wahrnehmung der Interessen der betroffenen Wesseling Bürger bei der personellen Besetzung des Dialogforums als zentrales Gremium der Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsprozess bei der Realisierung der Autobahnquerspange (A553) ist derzeit nicht gegeben. Deshalb sind die Bewerbungsfrist und die Entscheidung über die abschließende Besetzung des Dialogforums auf Ende Februar 2018 zu verschieben. Der Planungsprozess für die Realisierung der neuen Autobahnquerspange (A553) zwischen der A59 und der A555 mit einer Rheinquerung bei Wesseling durch Straßen.NRW hat mit zwei Veranstaltungen zum Beteiligungsscoping bereits begonnen. Zurzeit erfolgt die personelle Besetzung des Dialogforums als zentrales Gremium der Öffentlichkeitsbeteiligung an dem Vorhaben. Dazu findet eine Online-Befragung zur Besetzung des Dialogforums statt. Zu dieser Online-Befragung kann man sich über die Homepage Straßen.NRW anmelden <http://www.rheinspange.nrw.de/> und an der Befragung teilnehmen. Termin für den Abschluss der Befragung ist der 21.01.2018. Mit dem vorgeschlagenen Verfahren und der Terminierung besteht die Gefahr, dass die Interessen der Wesseling Bürger in den Gruppen der Interessierte Bürgerinnen und Bürger und Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen keine angemessene Berücksichtigung finden. Wesseling ist jedoch von allen Planungsvarianten der Trassenführung unmittelbar betroffen. Dies wurde aber erst beim ersten Beteiligungssoping deutlich und ist nur wenigen Wesseling Bürgern bekannt. Wesseling muss daher auch Gelegenheit erhalten, seine Interessen zu artikulieren und sich in den Planungsprozess einbringen zu können. Aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 war und ist nicht ableitbar, dass eine Süd-Variante als Rheinspange 553 bei Urfeld (Rheinquerung Niederkassel-Urfeld) überhaupt untersucht wird. Im Bundesverkehrswegeplan 2030 heißt es: Der Streckenbeginn bei Köln-Godorf ist durch den 4-streifigen Ausbau des westlich anschließenden Straßenzuges (derzeit L150) bedingt, der auf Dauer eine zweibahnige Durchgängigkeit bis zur A553 bei Brühl erschließt. Somit entsteht eine Autobahnverbindung zwischen dem AK Bliesheim (A1/A61/A553) und dem neuen AD Köln-Lind (A553/A59). Nur der Rhein-Sieg-Kreis und Köln sind als betroffene Gebietskörperschaften benannt. Die Wesseling Bürger konnten daher bisher von einer Querung des Rheines in Godorf in Verlängerung der Kerkrader Straße mit einer Trassenbündelung Schiene/Straße ausgehen. Der Untersuchungsauftrag für eine andere Linienführung war nicht bekannt und wurde bis zum Beginn des Beteiligungssopings auch nicht öffentlich diskutiert. Insofern sind die Entwicklungen für Wesseling und insbesondere für die betroffenen Stadtteile

	Keldenich, Urfeld und Wesseling-Mitte aber auch für die Anwohner des nachgeordneten Straßennetzes mit den Zubringerstraßen zur Rheinspange 553 bei Urfeld (Rheinquerung Niederkassel-Urfeld) neu. Im Gegensatz zu den rechtsrheinischen Ortschaften des Rhein-Sieg-Kreises und den Stadtteilen Kölns war und ist deshalb eine breite öffentliche Wahrnehmung des Projekts nicht vorhanden. Dies wird auch durch einen Ratsbeschluss bereits aus 2016 in Niederkassel zu diesem Thema unterstrichen. Betroffene Wesseling Bürger, Initiativen und Interessengruppen konnten sich daher noch nicht ausreichend informieren oder formieren. Deshalb sind vor Abschluss der personellen Besetzung des Dialogforums als zentrales Gremium der Öffentlichkeitsbeteiligung an dem Vorhaben alle im Planungsgebiet betroffenen Bürger schriftlich über das Beteiligungsscoping und den Planungsauftrag von Straßen.NRW mit einem Info-Brief zu informieren. Der Termin 21.01.2018 ist deshalb entsprechend zu verschieben bis alle im Planungsgebiet betroffenen Bürger informiert sind. Nur so kann eine angemessene und faire Berücksichtigung auch der Interessen der Wesseling Bürger und eine Transparenz des Verfahrens sichergestellt werden. Die Bewohner aller betroffenen Kommunen sollten im Dialogforum berücksichtigt werden. Die Vertreter der einzelnen Interessengruppen sollten nach einem Verteilerschlüssel durch sie selbst benannt werden und nicht durch Straßen.NRW oder in einem Losverfahren. In Wesseling werden wird das Thema Rheinspange 553 in einer Sondersitzung des Rates am 01.02.2018 erörtert. Die Sondersitzung soll dazu beitragen, dass dieses Projekt einer breiten Öffentlichkeit in Wesseling bekannt wird. • Besonders die Wesseling Bürger sind an dem Prozess zu beteiligen. • Die grundsätzliche Zusammensetzung scheint in sich schlüssig zu sein. Die südliche Variante ist erst seit kurzem in der Presse und damit im Bewusstsein der Anlieger. Die Interessen der südlichen Anlieger sollten in den Gremien ebenfalls berücksichtigt werden. Eine Verlängerung der Meldefrist (21.01.18) sollte im Sinne der Chancengleichheit angepasst werden. • Positiv; man sollte jedoch darauf achten, dass die Zusammensetzung ausgewogen ist und auch alle möglichen Interessen repräsentiert. Dies sowohl auf die Region / Wohnsitz bezogen wie auch auf das jeweilige Motiv des Einzelnen (man sollte nach dem Motiv fragen, weshalb eine Person an dem Gremium beteiligt werden soll. Andernfalls bestünde m.E. das Risiko, dass Interessensgruppen (gleich aus welcher Richtung) versuchen Einfluss zu nehmen. • Der bisherige Vorschlag entspricht den Gegebenheiten und war bis zur letzten Versammlung im November durchaus praktikabel und akzeptabel angedacht. Aber seit dem Einbringen einer Planungsalternative Rheinquerung Urfeld ändert sich der zukünftige Forum-Verlauf deutlich um die bisher nicht berücksichtigten Anwohner, Initiativen, Kreis, Politiker etc.(also die drei vorgeschlagenen Gruppen) aus den neu betroffenen Bereichen Wesseling-Urfeld und Niederkassel. Deshalb muss im Dialogform - um eine demokratische Grundlage zu schaffen - auf eine gleichwertige Gewichtung beider Gruppen (Godorf/Urfeld) bei allen Mitgliedern geachtet werden, da beide Gruppen die gleiche Betroffenheit zeigen. Es darf dabei auch keine Rolle spielen wie weit das bisherige Forum gediehen ist, da sich hier eine komplett neue Situation darstellt. • Bisher kamen nur Gegner der 1. Variante zu Wort. Es ist zwingend erforderlich, das Gremium paritätisch mit Vertretern aus Niederkassel und Urfeld als Betroffene der 2. Variante zu besetzen.	
--	--	--

- Grundsätzlich ist der Vorschlag der Zusammensetzung positiv zu bewerten. Wichtig ist, dass bei der Zusammenstellung auf die Ausgewogenheit innerhalb des Forums geachtet wird. Befürworter und Gegner müssen paritätisch aus allen Suchräumen für die Rheinquerung Berücksichtigung finden.
 - Die Installierung eines solchen Forums finde ich grundsätzlich eine sehr gute Idee, welche unbedingt umgesetzt werden sollte. Eventuell würde ich den Kreis der Teilnehmer auf 35-40 Teilnehmer erhöhen. So ist es wahrscheinlich, dass es nicht allen Mitglieder möglich ist bei jedem Termin anwesend zu sein. Andernfalls könnte man eine Vertreterregelung einführen. Hier müsste durch den Vertretenen jedoch sichergestellt sein, dass die entsendete Person ebenfalls über den aktuellen Stand informiert ist. Wichtig wäre meiner Meinung nach zudem, dass die Betroffenen beider Varianten gleich behandelt werden. Also eine gleiche Verteilung in dem Gremium sichergestellt ist. Nur so kann verhindert werden, dass eine Seite sich später schlecht informiert - eventuell sogar übergangen - fühlt. Dies würde den Gedanken des Gremiums (die Beteiligung aller Betroffenen) untergraben und zunichte machen.
 - Die Anzahl interessierter Bürger(innen) sollte meines Erachtens insgesamt erhöht werden und, da mehrere Kommunen betroffen sind, sollte bei der Besetzung berücksichtigt werden, dass eine gleichmäßige Anzahl an Bürgern aus allen Kommunen vertreten sind.
 - Liebes Projektteam, die Größe und die grundsätzliche Zusammensetzung finde ich gut. Allerdings bleibt offen, wie viele Teilnehmer aus dem Behördenpool dazukommen. Welche Kompetenz hat das Dialogforum? Aus meiner Sicht ist die Bestellung des Teams noch verfrüht. Das Dialogforum soll, wie Sie beschreiben, die interessierten und betroffenen Bürger, Parteien etc. abbilden. Der von Ihnen gestartete Dialog wurde jedoch nur mit einem Teil dieses Kreises geführt. Offensichtlich (meine Quelle ist derzeit leider nur der Werbekurier / Amtsblatt Stadt Wesseling 3.1.18 und 17.1.18) gibt es noch Planungsvarianten, die den Kreis der Betroffenen und Interessierten deutlich erweitern, nämlich zumindest um die Bürger im südlichen Bereich, Wesseling und Urfeld.
- ⇒ Die Zusammensetzung des Forums kann erst nach klarer Feststellung des Planungsumfangs erfolgen.
- ⇒ Welche Planungsvarianten stehen zur Diskussion? Es scheint, als wären bisher nur die Betroffenen der Variante Godorfer Brücke eingebunden
- Eine Zusammensetzung des Forums auf dieser Basis bildet nicht den für einen fairen Dialog gewünschten Kreis ab.
- Die Mitglieder der Gruppen 1 und 2 sollten zu gleichen Teilen auf die Betroffenen beider Brückenvarianten verteilt werden.
 - Wir sprechen uns für eine Auslosung aus, welche die Betroffenen beider Varianten zu gleichen Teilen berücksichtigt. Unserer Meinung nach kann unter den Betroffenen nur so eine breite Akzeptanz des Beteiligungsprozesses und des daraus resultierenden Ergebnisses erzielt werden.
 - Da alle wichtigen Perspektiven im Dialogforum repräsentiert sein müssen, ist meine Forderung, dass Kritiker bzw. Befürworter beider Trassenvarianten in den Gruppen 1 und 2 paritätisch vertreten sind.
 - **WIDERSPRUCH!** Es müssen Bürgerinitiativen aus dem gesamten Planungsraum paritätisch nach Varianten beteiligt werden. Über die Nordvariante wurde im Mai 2017 die Bevölkerung informiert und seit Jahren wird diese in der lokalen Presse immer wieder thematisiert (Kölner Stadtanzeiger, Niederkassel Aktuell).

	Über die Südvariante ist bis heute noch keine Information über den Landesbetrieb erfolgt. Viele direkte Anwohner und Grundstückseigentümer in Niederkassel Ort sind bis heute nicht in Planungen / Befragungen eingebunden, noch ausreichend von der Politik informiert. Es müssen auch Bürgervereine und -initiativen aus Urfeld und Niederkassel zugelassen werden, die von der Südvariante betroffen wären - insbesondere da sie sich bis jetzt noch nicht aktiv einbringen konnten. Hier sollte auch das Losverfahren getrennt nach Betroffenenheiten der Varianten durchgeführt werden. • Es müssen alle Bürgerinitiativen eingebunden werden. Bisher ist die Planungsvariante 1 (Langel-Godorf) im Fokus der Informationen. Über die Südvariante 2 (Niederkassel-Urfeld) ist bisher kaum seitens der Verwaltung informiert wurden. Die Interessen der Anwohner müssen für beide Varianten ausreichend vertreten sein. Da über zwei mögliche Standorte gesprochen wird bietet sich eine Viertelung der Gruppen an, je Variante eine Bürgergruppe.... • Es sollten alle Interessengruppen der verschiedenen Standorte ausreichend vertreten sein. Hier sehe ich besonderen Bedarf bei der Vertretung der Südvariante. • Ist Ok. Es sind bei den Bürgervereinen auf jeden Fall die Betroffenen Orte zu berücksichtigen. Goding für Godorf z.B. • Die Auswahl Interessierter Bürger ist fair wenn die Besetzung anschließend paritätisch nach Varianten erfolgt. Wichtig ist dass nicht nur die bereits gemeldeten Initiativen der Nordvariante berücksichtigt werden sondern auch die neuen der Südvariante! • Die Methode, potenzielle Mitglieder aus der Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen nur aus dem Kreis der am bisherigen Scopingprozess beteiligten Akteure zu rekrutieren, greift zu kurz, weil sich inzwischen weitere Gruppierungen und Initiativen aus Bereichen und Orten gebildet haben, die - auch durch Fehler und Mängel der bisherigen Informationspolitik - erst in den letzten Wochen von dem Bauprojekt überhaupt erfahren haben. Blieben diese Gruppen und Initiativen unberücksichtigt, wären sie diskriminiert und würden sich gewiss entsprechend zur Wehr setzen. Vorschlag also: Vor der Einrichtung des Dialogforums nochmal eine Möglichkeit eröffnen, dass sich alle, jetzt in den betroffenen Orte und Regionen bestehenden Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen registrieren lassen können. • Die Idee ist gut. Hier sollte man aber dabei achten, dass mindestens 50% des Gremiums aus Bürgen der betroffenen Ortsteile Waldsiedlung und Urfeld bestehen! Ich werde mich auch bewerben. • Zu nachstehendem Hinweis stelle ich mir die Frage, wie Sie mit den sich erst später organisierten bzw. noch in Organisation befindlichen Gruppen umgehen? Bitte beachten Sie hierzu auch meine Rückmeldung zu Ihrer ersten Frage. Wichtiger Hinweis: Die organisierten Bürgervereine und -initiativen, die auch schon sehr engagiert am Scopingprozess teilgenommen haben, werden zur Gruppe der zivilgesellschaftlichen Akteure gezählt und entsprechend aktiv angeschrieben. Sie sollten sich also nicht auf die Plätze der interessierten Bürgerinnen und Bürger bewerben. Meines Erachtens sollten die betroffenen Bürger von allen Varianten gleichmäßig berücksichtigt werden. Aufgrund des Vorlaufs der nördlichen Variante ist dies derzeit nicht gegeben. Hierzu erscheint mir auch die Frist für die Besetzung der Gremien nicht angemessen. • Dem können wir nicht zustimmen und WIDERSPRECHEN hiermit dem Vorschlag! Es werden für die neu in die Planung eingebrachte Urfelder Rheinquerung die potenziellen Mitglieder aus der Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen noch nicht berücksichtigt!	
--	---	--

	Es betrifft die Anwohner aus Wesseling-Urfeld und Niederkassel, die bisher in den Foren keinerlei Gehör bekommen konnten, da sie es nicht betraf. Bis heute - stand 20. Januar 2018 - liegen keine offiziellen Informationen, weder von Ihnen oder der Stadt Wesseling vor. Es muss daher ihr Ziel sein, ab sofort im demokratisch gleichen Verhältnis zu Godorf auch Personen, Bürgerinitiativen etc. aus Wesseling und Niederkassel zu berücksichtigen. Unser Verein Interessengemeinschaft Waldsiedlung-Urfeld meldet hiermit seine Mitarbeit an. • Meine Einwände: 1. Es muss berücksichtigt werden, dass die Auswahl der Teilnehmer im Losverfahren getrennt nach den beiden Varianten Wesseling - Lüssdorf und Urfeld - Niederkassel zur Sicherung der paritätischen Besetzung erfolgt. 2. Vertreter von neuen Bürgerinitiativen, die erst kürzlich nach bekanntwerden der Variante Urfeld - Niederkassel gegründet wurden, sollten aus paritätischen Gründen ebenfalls berücksichtigt werden. • Es dürfen nicht nur die bisher beteiligten Vereine berücksichtigt werden. Es müssen auch die Bürgerinitiativen aus Urfeld und Niederkassel beteiligt werden. • Ich sehe kritisch, dass lediglich zivilgesellschaftliche Akteure miteinbezogen werden sollen welche bereits am Scopingprozess teilnahmen. Die Südtangente ist erst seit kurzem bekannt. Dementsprechend beteiligten sich Anwohner/Betroffene /Vereine dieser Variante bisher nicht aktiv am Scopingprozess, da die Nordtangente diese Bewohner bisher nicht betraf. Vereine/Initiativen sollten sich ebenfalls melden dürfen - auch hier sollten die Beteiligten zu gleichen Teilen aus Betroffenen von Nord und Südtangente ausgewählt werden. • Die potenziellen Mitglieder aus der Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen (...) möchten wir von Straßen.NRW aktiv ansprechen. Dazu identifiziert Straßen.NRW zunächst Institutionen aus dem Kreis der bisher am Scopingprozess beteiligten Akteure und fragt ihr Interesse an einer Mitgliedschaft im Dialogforum gezielt ab. Besteht grundsätzliches Interesse, können diese Institutionen eine konkrete Person bestimmen, die möglichst dauerhaft am Dialogforum teilnehmen wird. Dies finde ich kritisch. Das die Süd-Variante überhaupt besteht wurde fast allen Betroffenen dieser Variante erst Ende des Jahres 2017 bekannt. Aufgrund dessen war eine Teilnahme an den vorherigen Veranstaltungen nicht gegeben, da man nicht Betroffen war. Auch die Betroffenen dieser Variante sollten im gleichen Maße beteiligt werden. Eine Beteiligung von Vereinen der betroffenen Ortschaften - bzw. eines Vertreters der mehrere Vereine vertritt (um den Rahmen des Gremiums nicht zu überschreiten) - wäre sinnvoll um eine möglichst breite Akzeptanz des Gremiums und somit auch der künftigen Planungen zu erreichen. Somit kann zudem eine große Beteiligung der Jugend erreicht werden. Als Vorsitzender eines Urfelder Vereines der lediglich der Jugendarbeit dient, fordere ich somit die Beteiligung eines Vertreters der Urfelder Vereine mit Jugendarbeit. Dies sprachen wir bereits innerhalb der Vereine ab. Ein Vertreter für das Gremium steht ebenfalls bereit. Die Jugend sollte unsere Meinung nach unbedingt in dem geplanten Gremium vertreten sein. Bei Rückfragen bezüglich der angesprochenen Jugendvereine stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. • Liebes Projektteam, s.a. Teil 1. Der Kreis der bisher Beteiligten bildet offensichtlich nicht den Kreis der Betroffenen ab !!! D.h. eine Ansprache dieser Personen und eine Zusammensetzung des Forums, die auf diesem Personenkreis und diesem Organisationenpool bisher am Scopingprozess beteiligte Akteure beruht, kann keinen fairen Dialog zum Finden der besten Lösung führen. Wie schon gesagt (Teil1):	
--	---	--

	Der erste Schritt ist die klare Festlegung des groben Planungsumfangs. Was steht zur Diskussion in Bezug auf die Streckenführung? Godorf? Wesseling Urfeld? eine nördliche Variante? Daraus ergibt sich der Kreis der Betroffenen und Interessierten. Für einen fairen Dialog müssen aus diesem Kreis die Mitglieder des Dialogforum repräsentativ in Bezug auf die räumliche Orientierung besetzt werden. Da m.E. mit Sicherheit mehr interessierte Beteiligte als Plätze zur Verfügung stehen, halte ich ein Losverfahren für die Besetzung des Forums in der jetzigen Situation für nicht geeignet. ⇒ die Parität zwischen den grundsätzlichen Varianten (Godorf, Wesseling, andere) ist zu gewährleisten. D.h. es ist sicherzustellen, dass die Beteiligten aus allen grundsätzlichen Streckenführungsvarianten zu gleichen Anteilen vertreten sind. ⇒ Eine vernünftige und kompetente Argumentation und Formulierung der Betroffenheit kann nicht per Los und Mehrheit erfolgen. Es muss sichergestellt sein / werden, dass die unterschiedlichen Gesichtspunkte hinreichend abgebildet werden. Dies gilt m.E. für alle Schutzgüter, die eines Fürsprechers bedürfen. • Meiner Meinung nach sollten in der Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen auch solche Gruppen zugelassen werden, die bisher noch nicht an dem Beteiligungsprozess teilnahmen. Die Südvariante ist erst seit kurzem bekannt, weshalb die Beteiligung der Betroffenen noch nicht in gleichem Maße erfolgen konnte wie die der Betroffenen der Nordvariante. Aufgrund dessen spreche ich mich für die Beteiligung auch von Vereinen und Initiativen aus, welche von der Südvariante betroffen sind. Ich verweise noch einmal auf die - in der ersten Frage - von mir Vorgeschlagene paritätische Auslosung hin. • Ich bin ebenfalls für die Einbeziehung solcher Verbände und zivilgesellschaftlicher Gruppen die sich am bisherigen Beteiligungsprozess noch nicht aktiv einbrachten. Die Südtangente ist erst seit kurzem bekannt, weshalb die Beteiligung der Betroffenen noch nicht in Größerem Maße erfolgte. Des Weiteren verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 1. Als Mitglied eines Urfelder Vereines mit Jugendarbeit spreche ich mich zudem für die Einbeziehung eines Vertreters der Urfelder Vereine mit Jugendarbeit aus. Da alle wichtigen Perspektiven im Dialogforum repräsentiert sein müssen, ist meine Forderung, dass Kritiker bzw. Befürworter beider Trassenvarianten in Gruppe 1 paritätisch vertreten sind. Die Variante Niederkassel-Urfeld wurde sehr spät bzw. gar nicht kommuniziert, so dass eine entsprechende Interessengruppe beim Scopingprozess nicht anwesend war. Auch hier fordere ich eine paritätische Zusammensetzung der Gruppe 2. • Grundsätzlich ist der vorgenannte Vorschlag gut. Ich bitte aber zu berücksichtigen, dass aus dem GESAMTEN PLANUNGSRAUM Personen in allen drei Gruppen vertreten sein müssen. Nach Möglichkeit sollte die Verteilung paritätisch nach Varianten besetzt sein. • Da die Brückenalternative Ndk-Urfeld erst kürzlich in die Diskussion aufgenommen wurde, konnte keine entsprechende Bürgerinitiative an den Scopingterminen teilnehmen. Eine Initiative zu dieser Alternative konnte erst jetzt gegründet werden. Ich bin der Auffassung, dass sowohl für die eine wie auch für die andere Alternative Vertreter an dem Dialogforum teilnehmen sollten. Die beiden Gruppen sollten innerhalb des Forums paritätisch besetzt sein. Eine ebensolche paritätische Besetzung fordere ich auch für die Gruppe der interessierten Bürger.	
--	---	--

	• Ich stimme auch hier zu unter der Prämisse, daß auch die neugegründete Bürgerinitiative Niederkassel, die am bisherigen Scopingprozess noch nicht beteiligt war, Berücksichtigung bei der Auswahl der Mitglieder des Dialogforums findet • Für beide Standorte sind Vertreter der Bürgervertretungen zu zulassen und die restlichen Plätze können dann im Bewerbungsverfahren vergeben werden. • Den Vorschlag kann man so lesen, dass nur bereits involvierte Initiativen und Vereine angeschrieben werden. Das würden wir natürlich ausdrücklich kritisieren. Grundsätzlich ist ein Bewerbungsprozess sicher sinnvoll um die zuvor angesprochene Zusammensetzung des Forums zu gewährleisten. • Vertreter von beiden Standpunkten sollten ausreichend vertreten sein. Es darf nicht sein, dass nur Vertreter von einem Standort gewählt werden	
--	---	--

Gruppenbesetzung (zusätzliche Akteure)	• Eigentlich könnte ich hier das gleiche wie bei der ersten Frage schreiben. Ich würde es aber auch gut finden, wenn wir erwähnt, auch Personen an diesem Forum teilnehmen könnten, die nicht in irgendwelchen Verbänden aktiv sind. • das Dialogforum braucht keine Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften. Eine Realisierung der Brücke ist, egal mit welcher Trassenführung eine Verbesserung der Infrastruktur. Eine Einbeziehung der betroffenen Städte und Gemeinden sollte oberste Priorität haben. Es sollte immer das Ziel sein den Mensch als wichtigsten Faktor zu sehen. • Den konkreten Vorschlag betrachte ich als konstruktiv und zielfuehrend. Ich bitte aber zu erlaeuern fuer welche anderweitig nicht vertretenen Interessen die Vertreter des DGB notwendig sind. • Beteiligung der Anwohner! • Gut, im Kontext der offenen Planung ist es evtl sinnvoll, auch Vertreter anderer Verkehrsträger miteinzuladen. • Es fehlt aus meiner Sicht noch die Beteiligung von Verantwortlichen des Schienenverkehrs. Zur Einsparung von Kosten sollten die Baumaßnahmen für die Autobahn in engster Abstimmung mit denen für eine Schienenverkehrslösung an diesem Rheinabschnitt erfolgen. Durch den Bau des neuen Hafens in Niederkassel Lülsdorf wird es erheblich mehr Güterverkehr geben, der schnellstmöglich auf eine Güter-Hauptstrecke abgeleitet werden muss, um nicht die Städte Niederkassel und Troisdorf durch unnötige Güterzugs-Umwege in Wohngebieten (vorwiegend familienfreundliche Wohngebiete) zu sehr zu belasten. Gefahrgüter durch Wohngebiete mit einem Abstand von z.T. nur 20 Metern sind hier sicher nicht zielführend und kosten auch viel Zeit durch die umständliche Verkehrsführung (u-förmig geführt statt eine Gerade über landwirtschaftliche Flächen). • Prinzipiell gut. Wichtig, dass innerhalb der Gruppen unterschiedliche Meinungen vertreten sein werden. Bei der Bürger-Gruppe bspw. Profiteure (die ihr Grundstück teuer verkaufen wollen), Verlierer (deren Grundstück beeinträchtigt wird und dadurch an Wert verliert) und Nutznießer (die sich eine verbesserte Verkehrsanbindung für ihre Enkel ;-) wünschen). In der zweiten Gruppe sollte der Umwelt- und Naturschutz unbedingt vertreten sein, vielleicht Radfahrer, die sich einen Radweg auf der Brücke wünschen etc. Und auch in der dritten Gruppe sollte ebenso Platz für Fahrbetreiber, die nach 2040 ;-) einpacken können, wie auch für Spediteure etc. • Ich würde es für gut heißen, wenn auch Vertreter anderer Verkehrsarten mit in die Planungen einbezogen werden, u.a. SPNV, ÖPNV aber auch Fuß- und Radverkehr! • Bitte nicht den ADAC vergessen. Zur Reduktion des motorisierten Straßenverkehrs ist es unumgänglich auch den Radverkehr zu stärken. Daher sollte auch ein Verband, der die Interessen der Radfahrenden vertritt, beteiligt werden. Ein Fuß- und Radweg als Teil der Brücke ist ein wichtiger Faktor für die Attraktivität alternativer Fortbewegungsmittel in der Region. • Grundsätzlich finde ich die Idee eines solchen Forums gut, nur sollte dabei auf eine ausgewogene Verteilung der Plätze geachtet werden. Bei den erwähnten Gruppen werden zwei mit Sicherheit gegen alles mögliche bei diesem Vorhaben etwas zu meckern haben. Deswegen sollten bei der Gruppe der Betroffenen vielleicht auch Pendler eingeladen werden, die von diesem Vorhaben profitieren würden. Man muss hier auch aufpassen, dass sich hier dann nicht selbsternannte Experten profilieren wollen. Behördenvertreter und ggfs. entsprechende Sachverständige sollten auch bei einem solchen Forum anwesend sein.	Damit im Dialogforum ein ausgewogener und konstruktiver Austausch unterschiedlicher Perspektiven möglich ist, ist es von großer Bedeutung, dass möglichst vielfältige Interessen vertreten sind. Selbstverständlich gehören dazu auch Vertreter der regionalen Wirtschaft sowie Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer – beide sind von einer funktionierenden Infrastruktur im Planungsraum abhängig. Auch Jugendvertreter sollen aufgrund der langfristigen Bedeutung des Vorhabens in das Dialogforum eingeladen werden. In Gruppe (3) werden wir die Vorhabenträger für die Schiene einladen, um die unterschiedlichen Planungen möglichst aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus würden wir bei Bedarf auch Verkehrsverbände wie den ADAC, den ADFC oder den VCD zu einzelnen Sitzungen des Dialogforums einladen, wenn es thematisch sinnvoll ist.
---	--	--

- Grundsätzlich findet Ihr Vorschlag meine Zustimmung.
Da die Gruppen 2 + 3 dann maximal je 12 Vertreter stellen dürfen, werden wahrscheinlich mehr Bewerber, als Plätze vorhanden sein. Deshalb sollten einige Pflichtmitglieder benannt werden, die in jedem Fall vertreten sein müssen und nur unter den restlichen Bewerbern gelost werden.
Falls noch nicht vorgesehen, sollte in einer dieser Gruppen die Ingenieurkammer Bau NRW vertreten sein. Die Kammer ist neutral, unpolitisch und hat im Bedarfsfall Zugriff auf ein großes Potential an Bauspezialisten aller Fachrichtungen. Die würde ich als Pflichtmitglied ansehen.
Es ist darauf zu achten, dass auf keinen Fall Einzelpersonen aus dem direkten Umfeld oder Dunstkreis der Bürgerinitiativen und Interessenverbände den Zugang in Gruppe 1 finden.
Bei den ausgewählten Personen der Gruppe 1 sollte ein Mindestmaß an Fachkenntnissen vorhanden sein und die Fähigkeit des Einzelnen das Projekt als Ganzes zu begreifen. Insofern scheidet eine reine Auslosung unter Hunderten aus meiner Sicht aus. Die Auswahl dieses Kreises der Gruppe 1 erscheint mir extrem schwierig. Vielleicht sollten aus den geeigneten Bewerbern 2/3 der Teilnehmer durch eine Jury bestimmt werden und 1/3 durch Los oder ähnlich. Auf keinen Fall sollten die direkt Betroffenen überrepräsentiert, aber dennoch vertreten sein. Von diesem Kreis der interessierten Bürger sollte der absolut überwiegende Teil in irgend einer Weise fachkundig sein.
Die Federführung in allen Foren sollte immer bei Str-NRW liegen.
Da ich Bauingenieur bin, im Verkehrsraum der Querung wohne und familienmäßig seit über 100 Jahren mit dem Bau von Infrastruktur befasst bin, möchte ich mich gerne für die Gruppe 1 bewerben. Außerdem hatte ich das Glück schon einmal eine Rheinbrücke als verantwortlicher Bauleiter bauen zu dürfen.
- Meinen Sie in Punkt 2. wirklich die Verkehrsverbünde oder stattdessen Verkehrsverbände? (also ADAC, VCD, ACE, ADFC, ProBahn, ...) Letztere würde ich für wichtig halten.
- ja der Vorschlag zum vorgehen ist gut. Ich würde aber gerade betr. der TN welche durch die Auftraggeber ausgewählt werden, diejenigen besonders in die engere Auswahl stellen, welche auch bei den bisherigen Veranstaltungen zu dem Projekt anwesend und aktiv waren und damit den Prozess effizient weiterbegleiten und voranbringen können.
Bitte bei der Auswahl auch Verkehrsträger Schiene mit berücksichtigen. Dieser Hinweis kam vermehrt während der Veranstaltungen
Besonders gut gefällt mir übrigens der Hinweis, dass die Mitarbeit auch mit Arbeitsaufwand verbunden ist und damit sich an ernsthafte Mitgestalter richtet.
Ich wünsche uns allen einen dialog getriebenen Fortschritt und rasche Umsetzung der Massnahme
- Die Anzahl finde ich angemessen. Es sollte jedoch möglich sein Vertreter zu entsenden, falls ein Teilnehmer nicht kann.
Wichtig wäre meiner Meinung nach eine Auslosung welche die Befürworter/Feinde der Nord und Süd Variante gleich behandelt. Somit kann verhindert werden dass ein Lager im Dialogforum nicht gehört werden kann.
Eine Beteiligung der Jugend wäre meiner Meinung nach auch wichtig. Die Jugend ist schließlich die Gruppe die am längsten mit der Entscheidung leben muss. Hier sollte man eventuell Jugendvereine bzw. Vertreter mit einbeziehen.
- Die potenziellen Mitglieder aus der Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen (...) möchten wir von Straßen.NRW aktiv ansprechen. Dazu identifiziert Straßen.NRW zunächst Institutionen aus dem Kreis der bisher am Scopingprozess beteiligten Akteure und fragt ihr Interesse an einer Mitgliedschaft im Dialogforum gezielt ab. Besteht grundsätzliches Interesse, können diese Institutionen eine konkrete Person bestimmen, die möglichst dauerhaft am Dialogforum teilnehmen wird.

	Dies finde ich kritisch. Das die Süd-Variante überhaupt besteht wurde fast allen Betroffenen dieser Variante erst Ende des Jahres 2017 bekannt. Aufgrund dessen war eine Teilnahme an den vorherigen Veranstaltungen nicht gegeben, da man nicht Betroffen war. Auch die Betroffenen dieser Variante sollten im gleichen Maße beteiligt werden. Eine Beteiligung von Vereinen der betroffenen Ortschaften - bzw. eines Vertreters der mehrere Vereine vertritt (um den Rahmen des Gremiums nicht zu überschreiten) - wäre sinnvoll um eine möglichst breite Akzeptanz des Gremiums und somit auch der künftigen Planungen zu erreichen. Somit kann zudem eine große Beteiligung der Jugend erreicht werden. Als Vorsitzender eines Urfelder Vereines der lediglich der Jugendarbeit dient, fordere ich somit die Beteiligung eines Vertreters der Urfelder Vereine mit Jugendarbeit. Dies sprachen wir bereits innerhalb der Vereine ab. Ein Vertreter für das Gremium steht ebenfalls bereit. Die Jugend sollte unsere Meinung nach unbedingt in dem geplanten Gremium vertreten sein. Bei Rückfragen bezüglich der angesprochenen Jugendvereine stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. • Ich bin ebenfalls für die Einbeziehung solcher Verbände und zivilgesellschaftlicher Gruppen die sich am bisherigen Beteiligungsprozess noch nicht aktiv einbrachten. Die Südtangente ist erst seit kurzem bekannt, weshalb die Beteiligung der Betroffenen noch nicht in Größerem Maße erfolgte. Des Weiteren verweise ich auf meine Ausführungen zu Frage 1. Als Mitglied eines Urfelder Vereines mit Jugendarbeit spreche ich mich zudem für die Einbeziehung eines Vertreters der Urfelder Vereine mit Jugendarbeit aus. Wie bereits unter 1. erwähnt würde ich gerne als Vertreter der mir angeschlossenen Urfelder Vereine mit Jugendarbeit aktiv in dem Gremium mitarbeiten. Bisher fand unsererseits keine Teilnahme an dem Beteiligungsprozess statt, da die Südvariante (von welcher wir betroffen wären) erst seit kurzem bekannt ist. Nichtsdestotrotz wäre uns eine aktive Mitarbeit in dem vorgeschlagenen Gremium wichtig. In der Hoffnung auf eine konstruktive und zielführende Zusammenarbeit.	
--	---	--

Gruppenbesetzung (Zuordnungen)	• Den Vorschlag finde ich grundsätzlich gut. Allerdings gehören Vertreter der Verkehrsverbünde m. E. in die 3. Gruppe. • Prinzipiell ist der Vorschlag gut. Die Aufteilung der Gruppen ist sinnvoll. Sollte mit Verkehrsverbund der VRS gemeint sein, gehörte er in die Gruppe Wirtschaft. Vermutlich meinen Sie jedoch den ADAC und ähnliche. Es sollte eine hälftige Besetzung mit Bürgern zustande kommen. Wenn die Gebietskörperschaften als ständige Mitglieder und nicht als Gäste oder der Gruppe Amtsträger zugeordnet teilnehmen sollen, gehörten sie zur dritten Gruppe Wirtschaft/Gewerkschaften. Gäste nach Bedarf einzuladen ist unabdingbar. An dem Satz Die Kraft des Arguments muss zählen wird sich das Dialogforum messen lassen müssen. Diese Aussage wäre quasi die Überschrift des Forums. • Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Vorschlag der Zusammensetzung ist prinzipiell gut. Die Aufteilung der entsprechenden Gruppen ist aus meiner Sicht sinnvoll. Ist mit dem Verkehrsverbund der VRS gemeint, so ist er meines Erachtens zur Gruppe Wirtschaft zu zählen. Oder meinen Sie Verkehrsclubs, wie ADAC, AVD etc.? Die Gebietskörperschaften als ständige Mitglieder und nicht als Gäste oder Gruppe der Amtsträger würde ich ebenfalls zur Gruppe Wirtschaft/Gewerkschaften zuordnen. Gäste sollten nach Bedarf eingeladen werden können. Der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen ist die Messlatte. Daran wird sich das Dialogforum messen lassen müssen. Diese Aussage muss der Leitsatz des Forums sein. Das Losverfahren betrachte ich kritisch. Akteure, die sich bisher eingebracht haben und zwingend dabei sein sollten (B.U.N.D., Initiativen der direkt betroffenen Bürger), könnten dadurch vom Verfahren ausgeschlossen werden. Bürgervereine der rechtsrheinischen Gebiete, die nicht als Anlieger betroffen sind, könnten allerdings in das Forum hineingewählt werden. Es muss gewährleistet sein, dass direkten Anliegern der Vorrang einzuräumen ist. Der B.U.N.D. und der NaBu dürfen als wesentliche Akteure auch nicht ausgeschlossen werden und müssen als Teilnehmer gesetzt sein. Vor allem der B.U.N.D., der sich bisher auch eingebracht hat. Ein Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger erscheint mir sinnhaft. Die Ausgewogenheit zwischen Pro und Contra bei der Auswahl der Teilnehmer erscheint mir wichtig. Hier ist ebenfalls direkt betroffenen Bürgern der Vorrang einzuräumen, da nicht auszuschließen ist, dass Interessengruppen versuchen zusätzliche Vertreter ins Forum einzubringen, ist wie bereits erwähnt der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von besonderer Bedeutung. Ich würde mir wünschen, dass zeitnah eine umfangreiche Information bezüglich des Bewerbungsverfahrens seitens Straßen.NRW erfolgt, dass es mit der Rheinspange wirklich losgeht. Dies erachte ich als unabdingbar, da viele Bürger es bisher immer noch nicht glauben.	Die Anregung, die Verkehrsverbünde in der Gruppe (3) zu führen, nehmen wir gerne auf. Die Gruppe (2) ist dann entsprechend ausschließlich zivilgesellschaftlichen Akteuren vorbehalten.
---	--	--

Gesamtgröße	• Ich finde es schon fast zu hoch die Mitglieder anzahl, da es immer zu Interessenkonflikten kommen wird. Es gibt auch sicherlich Gruppen die komplett dagegen oder dafür sind, solche vereine oder Gruppen sollten nicht allzu stark besetzt werden da sie nicht Global denken sondern nur ihre eigenen Interessen vertreten. Aber an sich der Gedanke, die Bürger zu Informieren und gezielt ansprechen durch Infostände finde ich eine sehr gute Idee. Allerdings muss man hierbei darauf achten das an jedem Stand auch jemand steht der die Fragen und Anregungen der Bürger aufnimmt bzw. antworten kann. Ich finde die Vorgehensweise für die Vergabe der Mietglieds plätze so in Ordnung. • Bei den Verbänden und zivilgesellschaftliche Gruppen (z. B. Umwelt-/Naturschutzverbände, Verkehrsverbände, Jugendorganisationen, Bürgervereine, Bürgerinitiativen u.a.). Diese Vertreter sind der Kern der betroffenen Bürger des Projektes. Bitte bei diesen Gruppen jedem einen Platz zusichern. Bitte die Teilnehmerzahl von 50+ Überdenken. • Grundsätzlich eine sehr gute Idee. Gerade die verschiedenen Personengruppen ergeben einen guten mix. Dass es sich bei Punkt 1. auch nicht um bestehende Gruppen (Parteien usw.) handelt, ist sehr gut. Aus meiner Erfahrung sind solche Gruppengrößen aber kaum arbeitsfähig. Man sollte die Gruppe vielleicht entweder aufsplitten in Untergruppen oder die Gruppe etwas verkleinern. Ich interessiere mich auch für diese Arbeit, für den Fall dass das eine zielführende Arbeit ist und nicht für den Papierkorb gearbeitet wird um dem Bürger das Gefühl zu geben mitgearbeitet zu haben. • Wie bereits erwähnt halte ich die Gruppen für zu groß. Man sollte Gruppen bündeln und dafür einen Vertreter ins Rennen schicken. Vermutlich muss nicht von Greenpeace, WWF, FSC, BUND jeweils ein Vertreter dabei sein. Das gilt natürlich auch für die Parteien und andere Gruppierungen. • Die drei Gruppen finde ich grundsätzlich in Ordnung. Die größe der Gruppen ist allerdings etwas zu klein. Ich würde gerne als Interessentvertreter der regionalen Wirtschaft teilnehmen. • Zeigen uns nicht die Erfahrungen aus anderen Großprojekten, das man ein solches, mittlerweile schon wirklich notwendiges Brückenprojekt, mit zu vielen Beteiligten nur unnötig in die Länge zieht. Ich kann verstehen, das bei solch einem Bauprojekt auch Bürgerinitiativen, Umweltverbände usw. mitreden wollen. Aber in der Zwischenzeit kollabiert der Verkehr auf den Autobahnen rund um Köln/Bonn fast vollständig. Da sich die Anzahl der wirklich noch intakten Brückenbauwerke am Rhein in den letzten Jahren drastisch reduziert hat. Ich bin der Meinung, wenn man sich erst lange mit der Bildung eines Dialogforums beschäftigt, verzögert man eine wirklich notwendige Rheinspange um Jahre. Ich halte daher nicht viel von einem Dialogforum aus so vielen unterschiedlichen Interessevertretern, dass verzögert meiner Meinung nach diese schon fast überfällige Baumaßnahme nur. • Die Installierung eines solchen Forums finde ich grundsätzlich eine sehr gute Idee, welche unbedingt umgesetzt werden sollte. Eventuell würde ich den Kreis der Teilnehmer auf 35-40 Teilnehmer erhöhen. So ist es wahrscheinlich, dass es nicht allen Mitglieder möglich ist bei jedem Termin anwesend zu sein. Andernfalls könnte man eine Vertreterregelung einführen. Hier müsste durch den Vertretenen jedoch sichergestellt sein, dass die entsendete Person ebenfalls über den aktuellen Stand informiert ist. Wichtig wäre meiner Meinung nach zudem, dass die Betroffenen beider Varianten gleich behandelt werden. Also eine gleiche Verteilung in dem Gremium sichergestellt ist. Nur so kann verhindert werden, dass eine Seite sich später schlecht informiert - eventuell sogar übergangen - fühlt. Dies	Im Dialogforum sollen möglichst vielfältige Interessen abgebildet werden. Richtig ist, dass wir Interessen bündeln müssen, um gleichzeitig ein arbeitsfähiges Gremium zu erhalten. Darin besteht eine größere Herausforderung. Es wird weiterhin eine Gruppengröße von etwa 30 bis 35 Mitgliedern angestrebt. Deswegen werden wir auch für die vielen Bürgervereine der Region eine Verlosung begrenzter Plätze nach einem räumlichen Verteilungsschlüssel organisieren. (Details siehe unter „Vorgehen Losverfahren“) Neben der Arbeit im Dialogforum wird es viele weitere Möglichkeiten für Interessierte geben, sich einzubringen, beispielsweise auf den geplanten Info-Messen vor Ort, in Planungswerkstätten etc.
---------------------------	--	--

	würde den Gedanken des Gremiums (die Beteiligung aller Betroffenen) untergraben und zunichte machen. • ok. aber die zufällige Zusammensetzung kann auch zu einer nicht korrekten Wiedergabe der Meinung der Bürgerinnen und Bürger führen. Die Reduktion auf 35 Plätze ist für die Arbeitsfähigkeit vielleicht notwendig, aber man es ist nicht zu erwarten, dass ein repräsentatives Ergebnis für die ganze Region herauskommt. • Die vorgeschlagene Teilnehmerzahl des Dialogforums würde ich auf ca. 60 anstelle 30+ erhöhen, um die Expertise insbesondere bei den Bürgern zu erfassen. Eine Statistik über die Teilnehmeranzahl und Teilnehmerstruktur wäre zur Nachvollziehbarkeit wünschenswert.	
--	---	--

Gruppengröße im Verhältnis

- Grundsätzlich ist die beschriebene Zielsetzung des Dialogforums positiv hervorzuheben. Auch der Wunsch eine möglichst diskussionsfähige Gruppengröße zu wählen ist aus meiner Sicht zu befürworten, jedoch unter den aufgelisteten Anforderungen an die Gruppenzusammensetzung nur schwer umsetzbar. Hier wäre eine Konkretisierung wünschenswert gewesen. Wie viele Sitze in dem Gremium nehmen Behördenvertreter ein? Zählen die Behörden- und StraßenNRW-vertreter zu den 30-35 Personen oder kommen diese Personen noch on Top?
- Aus meiner Sicht ist die Besetzung vom Grundsatz her in Ordnung.
Ich würde es allerdings bevorzugen, wenn die Gruppe 3 vielleicht nur etwa 25 % ausmachen würde und die Gruppe 2 stattdessen vergrößert würde.
- Grundsätzlich ist die Idee gut, die Beteiligung in diesen 3 Gruppen zu organisieren. Zu beachten ist aber in solchen Gremien, dass die Gruppen die gleiche Gewichtung in dem Dialogforum haben sollten und die stimmen gleich viel Wert sind. Häufig wird hier der Wirtschaft der Vorrang eingeräumt, da diese mit den Verlusten von Arbeitsplätzen droht.
Sehr verwundert bin ich in Ihren Unterlagen über das Thema Schiene. Ich war zu der Veranstaltung zum Scoping Verfahren im Eltzhof. Da hieß es noch, dass es nur um die Autobahn ginge. Jetzt ist schon wieder von Bahn die Rede. Hier sollten Sie endgültig transparente Informationen an die Anwohner geben.
Wichtig ist aber auch die Information der Bürger vor Ort. Das sollte sich nicht auf Infostände beschränken. Das ist zu wenig und hat kaum was mit DIALOG zu tun.
- Die Gewichtung zu je einem Drittel scheint mir nicht ausgewogen zu sein.
Da die Anwohner / Bürger durch die Vor- und Nachteile des Trassenverlaufs doch persönlich (im Falle steigender Lärmbelastung sogar gesundheitlich) betroffen sind, sollte Ihre Gewichtung bei 50% liegen. Verbände und Wirtschaftsvertreter sollten sich dann die verbliebenen 50% gleichermaßen teilen.
- Ich halte die Drittellösung nur für bedingt sinnvoll - wünschte mir eine größere Partizipation unmittelbar Betroffener- sie tragen schließlich die dauerhaften Lasten der Rheinquerung.
- Ich bin damit einverstanden. Wichtig ist die gleichmäßige Verteilung in den Interessensgruppen.
- Sehr geehrtes IFOK Team,
eine Anmerkung zur erarbeiteten Teilnehmergröße im zweiten Beteiligungsscoping für das Dialogforum sei gestattet.
In der Diskussionsrunde wurde die Form der Beteiligung besprochen. Aber der Überwiegende Teil der Anwesenden Personen aus Wirtschaft, Verbänden und der Politik machten schon Druck auf diese Beteiligungsform. Interessierte Menschen aus der Region, aus Verbänden oder Vereinen waren zum Teil gar nicht auf der Höhe der Argumente von den anwesenden Vertretern. Es war zu kompakt um auch ein Verständnis für den Normalbürger zu vermitteln. Nach der Frage zu der Teilnehmerzahl gab es eine Antwort eines Wirtschaftsvertreters mit einer Zahl von 30 !! Die Mehrheit stimmte diesem Vorschlag zu.
Im Vorfeld wurde aber über eine Beteiligungsgröße von über 50+, die Straßen NRW angepeilt hatte, leider nicht mit in die Diskussion geworfen.
Welche Auswirkungen hat dieses für das Dialogforum.
Angesichts der Hohen Erwartungen von den regionalen Wirtschafts- und Unternehmervertretern IHK, DGB sowie Politiker der vier großen Parteien von den Städten, Kreisen und Ortsverbänden werden diese in die Gremien strömen wollen. Da wird wohl noch kaum Platz für den Interessierten Bürger sein.
Bei den Verbänden und zivilgesellschaftliche Gruppen (z. B. Umwelt-/Naturschutzverbände, Verkehrsverbünde, Jugendorganisationen, Bürgervereine, Bürgerinitiativen u.a.) wird dann auch eine

Das Dialogforum wird nur dann erfolgreich arbeiten können, wenn alle wesentlichen Interessen der Region gleichermaßen eingebunden sind. Wir sind davon überzeugt, dass drei Gruppen, die das Dialogforum in etwa zu gleichen Teilen besetzen, einen fairen und ausgewogenen Austausch ermöglichen. Auch innerhalb einer Gruppe sind durchaus unterschiedliche Interessen vertreten. Die Einteilung ist daher aus unserer nicht streng paritätisch zu sehen.

Straßen.NRW ist es aber wichtig, dass eine große Zahl an Bürgerinnen und Bürgern im Dialogforum vertreten sind und mit anderen Interessengruppen auf Augenhöhe diskutieren können. Sie werden daher sowohl in der Gruppe 1 (interessierte Bürgerinnen und Bürger) als auch in der Gruppe 2 (organisierte Bürgervereine und -initiativen) vertreten sein.

So werden die Bürgerinnen und Bürger insgesamt einen Anteil von mindestens der Hälfte der Mitglieder ausmachen.

	Verlosung für die ein drittelvariante erfolgen. Wenn es bei dem Forum von 30-35 Personen bleibt. Da es aber keine Mehrheitsbeschlüsse geben soll währe die Variante von Straßen NRW mit einer Beteiligungsgröße von über 50+ zu überdenken. Es sollte die Gruppe arbeits- und diskussionsfähig bleiben. Aber auch nicht durch Personen überwiegend aus Funktionären der Wirtschaft, Verbänden und der Politik Überpräsentiert sein. Das führt zwar bei Fachlichen Spitzenleuten zu guten Lobi. Ergebnissen. Die Anwohner, Orts- und Interessenvertreter haben sicherlich nicht dieses Fachpersonal in ihren Reihen um verständlich zu argumentieren. Es sollte ausgewogen und Verständlich sein, wie es der Gedanke des Beteiligungsscopings ist. • Ich halte den Vorschlag grundsätzlich für nachvollziehbar. Jedoch halte ich eine Drittelung für zur grob. Verbände, Gewerkschaften bzw. andere organisierte Gruppen verfolgen gefärbte Interessen und sind immer nur für die Dauer der Projektplanung wirklich beteiligt. Nach Abschluss und Umsetzung müssen dann vor allem die Anwohner das Ergebnis ertragen. Ein stärkere Beteiligung der Anwohner wäre wünschenswert. • Das Los kann nicht über die Beteiligungsfähigkeit der betroffenen Menschen entscheiden. Mindestens die Hälfte der Sitze sollten für organisierte oder unorganisierte Bürgervertreter reserviert sein. • Bei der Gruppe 1 interessierte Bürger, dürfte es schwierig werden geeignete Personen zu finden die ausreichende Kenntnis besitzen bei Verkehrs- und Straßenplanungen mitzureden. Nicht jeder der einen Führerschein besitzt und Auto fahren kann versteht etwas von Verkehrsplanung. Deswegen würde ich Mitgliedern von Bürgervereinen auch mehr Raum einräumen, da diese sich im Vorfeld schon viele Gedanken gemacht haben und die Materie kennen. Unqualifizierte Quacksalber mit Geltungsdrang sind hierbei auszuschließen. Der berufliche Stand der einzelnen Mitglieder wäre von großem Nutzen um die Ernsthaftigkeit zu untermauern. soweit meine Anregungen. • Um eine große Akzeptanz des Vorhabens zu erreichen, denke ich das es wichtig ist die kritischen Stimmen mit ins Forum zu nehmen. Wichtig, dass die Gruppen eine gleich große Gewichtung haben, also die Stimme der Wirtschaft, die diese Brücke um jeden Preis haben möchten, nicht höher bewertet wird wie die der betroffenen Bürger. • Ich finde die Zusammensetzung des Dialogforums grundsätzlich gut. So wird die Frage von allen Seiten beleuchtet. Nur sollte das Verhältnis der drei Parteien in anderem Verhältnis sein. Bürger 50%, Verbände 25% und regionale Wirtschaft 25%. Die Anliegen der betroffenen Bürger auf beiden Seiten des Rheins sollten eine höhere Gewichtung bekommen. • Wenn Bürgervereine/-gruppen zur zweiten Gruppe des Dialogforums gehören und Bürger/innen zur ersten Gruppe, so dass die Hälfte der Meinungen und Vorschläge auf Privatteilnahme beruhen, ist die Zusammensetzung sicherlich als sinnvoll zu erachten. In anderem Fall wären sicher die Interessen und somit der Wirkungsgrad, aus dem Hintergrund der Beiträge der Organisationen in der Menge und eher fachlichen Argumentation im Forum, eher übergewichtet. • In meinen Augen sind zu wenig betroffene Bürger bei diesem Vorschlag dabei ! zuviel Wirtschaft • Grundsätzlich keine Einwände, jedoch sollte der Einfluss von großen organisierten Interessenverbänden eingegrenzt werden. • Das Dialogforum wird so nicht die Belange der Bürger berücksichtigen können, da die betroffenen Bürger nicht ausreichend Platz haben. Es sollte daher auch eine genaue Definition der Teilnehmer aus den betroffenen Städten, z.B. Wesseling erfolgen.	
--	---	--

	Auch sind Bürger bislang nicht Offensiv genug informiert worden, so dass diese sich bislang noch nicht mit den Themen beschäftigen konnten oder sich organisieren konnten. • Die paritätische Besetzung und die Zuziehung verschiedener Experten ist ein guter Ansatz, der ein gutes Ergebnis verspricht. • Mit dem Vorschlag der drei Gruppen bin ich einverstanden, nicht jedoch mit dem Vorschlag einer paritätischen Besetzung. Gerade die Gruppe 3 Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften wären mit dieser Methode stark im Vorteil, weil diese Gruppe zahlreiche andere Möglichkeiten, ihre Interessen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung einzubringen, besitzt und diese Möglichkeiten auch rücksichtslos nutzt. Ihre Vorstellungen von der Wirksamkeit des geplanten Dialogforums sind vor diesem Hintergrund nicht mehr als fromme Wünsche, weil die Gruppe 3 regelmäßig nicht davor zurückschreckt, ihre Interessen auf anderen Wegen durchzusetzen, wenn das Dialogforum nicht in ihrem Sinne funktioniert. Da solche Möglichkeiten der Allgemeinheit nicht offenstehen, sollte das geplante Forum wenigstens moralisch dem Gerechtigkeitssinn der übrigen Gruppen Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die Gruppen 1 und 2 dort deutlich in der Mehrheit sind. Ein rechnerisches Verhältnis Gruppe 1 = 2 Sitze : Gruppe 2 = 2 Sitze : Gruppe 3 = 1 Sitz wäre m.E. das mindeste, was dieses Forum zum Ausgleich der Vorteile, die Wirtschaft und Gewerkschaften hinsichtlich der Möglichkeiten zur Einflussnahme nun mal per se besitzen, anbieten müsste. • Prinzipiell ist der Vorschlag gut. Die Aufteilung der Gruppen ist sinnvoll. Sollte mit Verkehrsverbund der VRS gemeint sein, gehörte er in die Gruppe Wirtschaft. Vermutlich meinen Sie jedoch den ADAC und ähnliche. Es sollte eine hälftige Besetzung mit Bürgern zustande kommen. Wenn die Gebietskörperschaften als ständige Mitglieder und nicht als Gäste oder der Gruppe Amtsträger zugeordnet teilnehmen sollen, gehörten sie zur dritten Gruppe Wirtschaft/Gewerkschaften. Gäste nach Bedarf einzuladen ist unabdingbar. An dem Satz Die Kraft des Arguments muss zählen wird sich das Dialogforum messen lassen müssen. Diese Aussage wäre quasi die Überschrift des Forums. • Die Anzahl interessierter Bürger(innen) sollte meines Erachtens insgesamt erhöht werden und, da mehrere Kommunen betroffen sind, sollte bei der Besetzung berücksichtigt werden, dass eine gleichmäßige Anzahl an Bürgern aus allen Kommunen vertreten sind. • Der Anteil der interessierten Bürger sollte deutlich gesteigert werden. • Sehr geehrte Damen und Herren, grundsätzlich halte ich Ihren Vorschlag für gut, sofern gewährleistet wird, dass eine hälftige Besetzung mit Bürgern gewährleistet wird. Bezüglich der politischen Amtsträger, die das Projekt aus wirtschaftlichen Interessen unterstützen, bin ich der Meinung, dass diese dann eigentlich fast schon eher in die Gruppe 3 Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften gehören müssten. Gäste nach Bedarf einzuladen sollte jederzeit möglich sein, seien es Politiker, Umweltspezialisten, Gutachter, Ingenieure oder sonstige Experten, die zu einer bestmöglichen und zielführenden Lösung mit beitragen können. Der von Ihnen postulierte Satz Die Kraft des Arguments muss zählen muss zählen würde ich sogar zum Namen oder eher noch zum Motto des Dialogforums machen wollen. Hoffentlich kommt Ihr Grundgedanke auch zum Tragen und es passiert nicht, dass aufgrund von Mehrheitsinteressenten kleinere Gruppen oder Einzelne gar kein Gehör finden geschweige denn überhaupt zu Wort kommen. Gleiches trifft auch für das Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger zu. Bei der Auswahl der Teilnehmer am Dialogforum sollte unabdingbar auf die Ausgewogenheit von Pro und Contra geachtet	
--	---	--

	werden. Direkt betroffenen Bürgern (Pro und Contra) sollte auch hier unbedingt der Vorzug gegeben werden. Dass Interessengruppen u. U. versuchen könnten, zusätzliche Vertreter einzuschleusen, ist nicht ganz auszuschließen. Deswegen ist, wie oben bereits von mir erwähnt, der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von eminent wichtiger Bedeutung. Eine umfangreiche Information bereits vor dem Bewerbungsverfahren darüber, dass das Projekt Rheinspange tatsächlich gestartet wird, wäre sehr wichtig und zielführend. Viele Bürger glauben das aufgrund der zahlreichen Zeitungs-Sommerloch-Geschichten leider immer noch nicht bzw. haben deswegen die Ernsthaftigkeit der Lage noch nicht erkannt. • 25% Stadt, 25% Kreis, 20% Land/Bund, 20% Anwohner, 10% Interessenverbände.	
--	---	--

Einbeziehung Politik und Verwaltung

- Grundsätzlich Zustimmung.
Zu welcher Gruppe gehören denn Mitglieder der Bezirksvertretungen Rodenkirchen bzw. Porz? Oder auch Ratsmitglieder? Also der gesamte Bereich Kommunalpolitik? Wenn man mit ca. 12 Personen pro Gruppe rechnet, wird das schon sehr eng, sollte die Politik zur Gruppe 2 zählen... Evtl. ist eine vierte Gruppe nötig (Kommunalpolitische Vertreter), was dann ggf. zulasten der drei vorgeschlagenen Gruppen ginge. Mehr als 36 Mitglieder sollte das Dialogforum nicht haben, das wären also 9 pro Gruppe...
- Die Zusammensetzung des Dialogforums ist schon in Ordnung. Wie aber soll der Austausch mit dem politischen Begleitgremium etabliert werden?
- Ich würde noch anregen das Feld der staatlichen Akteure und Behörden wie Straßen.NRW, Verkehrsministeriums NRW, betroffenen Gebietskörperschaften etwas ausgewogener zu gestalten mit Vertretern des Umweltministerium, der biologischen Stationen, LANUV sowie den (unteren) Naturschutzbehörden.
Eine ausgewogene Moderation sollte auch von staatlicher Seite, nicht nur von zivilgesellschaftlicher Seite, gegeben sein.
- Ist sinnvoll, aber die Städte und Gemeinden müssen zwingend von Anfang an dabei sein.
- vermisse ich in dem Vorschlag die Einbindung der Politik und der Verwaltung in das Verfahren. Es wird nur ausgeführt, dass es hilfreich sein könnte, dauerhaft auch die betroffenen Gebietskörperschaften in dem Gremium vertreten zu lassen. Wie soll das aussehen? Letztlich repräsentiert die Politik die gesamte Bürgerschaft einer Kommune. Soll es neben dem Dialogforum noch eine andere Beteiligungsebene geben, in der die Gebietskörperschaften vertreten sein sollen? Wie soll hier eine politische Parität erzielt werden? Wie soll der Fachverstand der jeweiligen Verwaltungen mit in die Entscheidungen eingebunden werden?
- Es knubbelt sich doch sehr in der Gruppe Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen, wenn dazu auch die kommunalpolitischen Vertreter gezählt werden. Es wird dann wohl nur ein Vertreter aus jedem Gremium zugelassen, zum Beispiel die Vorsitzenden bzw. deren Vertreter aus Stadt Köln, BV Rodenkirchen und Porz, Stadt Wesseling, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Sieg-Kreis. Das allein wären dann schon 7 Personen!
- Sehr geehrte Damen und Herren,
grundsätzlich halte ich Ihren Vorschlag für gut, sofern gewährleistet wird, dass eine hälftige Besetzung mit Bürgern gewährleistet wird.
Bezüglich der politischen Amtsträger, die das Projekt aus wirtschaftlichen Interessen unterstützen, bin ich der Meinung, dass diese dann eigentlich fast schon eher in die Gruppe 3 Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften gehören müssten.
Gäste nach Bedarf einzuladen sollte jederzeit möglich sein, seien es Politiker, Umweltspezialisten, Gutachter, Ingenieure oder sonstige Experten, die zu einer bestmöglichen und zielführenden Lösung mit beitragen können.
Der von Ihnen postulierte Satz Die Kraft des Arguments muss zählen muss zählen würde ich sogar zum Namen oder eher noch zum Motto des Dialogforums machen wollen. Hoffentlich kommt Ihr Grundgedanke auch zum Tragen und es passiert nicht, dass aufgrund von Mehrheitsinteressenten kleinere Gruppen oder Einzelne gar kein Gehör finden geschweige denn überhaupt zu Wort kommen. Gleiches trifft auch für das Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger zu. Bei der Auswahl der Teilnehmer am Dialogforum sollte unabdingbar auf die Ausgewogenheit von Pro und Contra geachtet werden. Direkt betroffenen Bürgern (Pro und Contra) sollte auch hier unbedingt der Vorzug gegeben werden. Dass Interessengruppen u. U. versuchen könnten, zusätzliche Vertreter einzuschleusen, ist nicht ganz auszuschließen. Deswegen ist, wie oben bereits von mir erwähnt, der Satz Die Kraft des

Neben dem Dialogforum, in dem vor allem zivilgesellschaftliche Akteure sowie Wirtschaftsvertreter sitzen werden, wird es eigens ein politisches Begleitgremium geben. In diesem sollen die Amts- und Mandatsträger der Region regelmäßig informiert werden und sich in die Planung einbringen, Fragen stellen oder Kritik äußern können.

Konkret möchten wir die (Ober)Bürgermeister, Orts- und Bezirksbürgermeister, die Landräte, den Regionalratsvorsitzenden, die Regierungspräsidentin, die Mitglieder des Bundes- und des Landtages mit Wahlkreis in der Region sowie die Ratsfraktionsvorsitzenden der entsprechenden Kommunen in dieses politische Begleitgremium einladen.

In das Dialogforum wiederum werden ebenfalls Vertreter der Gebietskörperschaften des engeren Planungsraums eingeladen. Hier sehen wir dann aber eher die Mitarbeiter der entsprechenden Fachämter.

Straßen.NRW wird den Austausch der beiden Gremien untereinander gewährleisten. Es wird angestrebt, dass in jedem Gremium eine Person bestimmt wird, die als Repräsentant in dem jeweils anderen Gremium sitzt und entsprechend von der Diskussion dort berichten kann.

	Arguments muss zählen von eminent wichtiger Bedeutung. Eine umfangreiche Information bereits vor dem Bewerbungsverfahren darüber, dass das Projekt Rheinspange tatsächlich gestartet wird, wäre sehr wichtig und zielführend. Viele Bürger glauben das aufgrund der zahlreichen Zeitungs-Sommerloch-Geschichten leider immer noch nicht bzw. haben deswegen die Ernsthaftigkeit der Lage noch nicht erkannt.	
--	--	--

Vorgehen Losverfahren	• Es sollte dargelegt werden, nach welchen Kriterien die Bewerber des offenen Bewerbungsprozesses ausgewählt werden. • Die Frage die sich da stellt ist, wie eine solche Bewerbung dann aussehen soll. Was sind Kriterien für die Auswahl? Werden nur Bewerber berücksichtigt, die für die Brücke sind oder auch Gegner des Projektes? Auch hier ist Transparenz wichtig. Elgentlich können Sie die Plätze nur verlosen. Auf jeden Fall müssen Sie Ihre Auswahl später erläutern. • die Auswahl der Akteure per Bewerbung mit nachfolgendem Losverfahren ist positiv herauszustellen. Es stellt sich für mich die Frage, wie 2 Formen des Bewerbungsmissbrauches ausgeschlossen werden sollen: 1. Bewerbungen von Mitgliedern aktiver Bürgervereine, die nicht als Vertreter dieser Vereine in das Gremium geschickt werden sollen. 2. Mehrfachanmeldung einzelner Bürger mit besonders hohem Interesse einer Teilnahme (z.B. wegen besonderer Betroffenheit) • 1. Bürgerinitiativen gegen den Bau der Rheinspange in Godorf gibt es schon lange, da dies der über lange Zeit in der Öffentlichkeit präsente Vorschlag war. Initiativen im Bereich einer möglichen südlichen Rheinspange sind erst in der Gründung. Es sollte also die Möglichkeit geben, das neue Gruppen - Institutionen auch aktiv eine Mitwirkung beantragen können. Es ist auf jeden Fall zu vermeiden, dass mehr Interessenvertreter der Initiativen aus dem Einzugsgebiet einer derbeiden möglichen Trassen überwiegt. 2. Wie soll sichergestellt werden, dass es sich bei den beteiligten Einzelpersonen nicht um Interessenvertreter einzelner Bürgerinitiativen oderr Organisationen handelt? • Das Losverfahren sollte dann unter notarieller Aufsicht und ohne Beeinflussung erfolgen, um keine Verschiebung der Interessensgewichtung zu erreichen. • Zu den Verter/innen der zivilgesellschaftlichen Gruppen: Wer von den organisierten Bürgervereinen/-initiativen wird aktiv angeschrieben? Und nach welchen Kriterien? Oder werden alle angeschrieben, die bisher am Beteiligungsscoping teilgenommen haben? Werden diejenigen, die nicht berücksichtigt werden, darüber mit einer nachvollziehbaren substantiellen Begründung informiert? -- Ansonsten verliert die Legitimität des Dialogforums an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz. Wie können diejenigen, die nicht Mitglieder des Dialogforums geworden sind, ihre Argumente und Interessen geltend machen? Wie können sie sich zeitnah oder indirekt im aktuellen Diskurs beteiligen? Ein Lösungsansatz könnte sein, dass die Vertreter/innen jener zivilgesellschaftlichen Gruppen, die im Dialogforum vertreten sind und den Draußengebliebenen inhaltlich am nächsten stehen, sich verbindlich auch für diese als zeitnah funtkionierende Kommunikationsbrücke zur Verfügung stellen müssen. Zu den Vertreter/innen der Bürger/innen: Wie werden beteiligungsferne aber dennoch betroffene Bürger/innen erreicht und im Dialogforum repräsentiert? Eine zusätzliche gewichtete demographische Zufallsauswahl kann hier sinnvoll sein und würde die Glaubwürdigkeit der Repräsentativität erhöhen. • Beim Losentscheid in der reinen Form habe ich Bauchschmerzen. Eine pfiffige Gruppe könnte sich formal ein mehrere Teilgruppen aufteilen und mehrfache Bewerbungen abgeben und dadurch unverhältnismäßig stark vertreten sein. Eine seriöse Gruppe (mit anderer Ausrichtung/Zielsetzung) bleibt dann vielleicht unberücksichtigt. Oder wenn sich in der Bürgergruppe sehr viel mehr Gegner/Verlierer als Befürworter bewerben	Wir teilen Ihre Einschätzung, dass die Zuteilung der einzelnen Plätze für die interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie die organisierten Bürgervereine eine zentrale Herausforderung ist. Wir werden dementsprechend auf einer Vielzahl von Kanälen das Auswahlverfahren bekannt machen (Website, Infobrief, Presse, Postwurfsendung) und damit möglichst allen Interessierten die Möglichkeit bieten, sich um einen Platz zu bewerben. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus der Planungsregion können sich für einen der Plätze in der Gruppe (1) bewerben. Diese Plätze werden nach einem räumlichen Verteilschlüssel verlost. Das heißt, es wird verschiedene Lostöpfe geben, aus denen dann die Vertreter für das Dialogforum gezogen werden. Wie viele Plätze einzelnen Regionen genau zur Verfügung stehen, werden wir im finalen Beteiligungskonzept bekannt geben. Den Bürgervereinen wiederum werden vier Plätze zustehen. Wie für die Bürgerinnen und Bürger in Gruppe (1) auch, werden wir ein Bewerbungsverfahren für die Vereine organisieren. Wir werden dabei eine räumliche Einteilung vornehmen – in Nord und Süd sowie links- und rechtsrheinisch. Jeder Region steht entsprechend ein Platz zu. Unter allen interessierten Bürgervereinen einer Region losen wir den entsprechenden Teilnehmer oder die Teilnehmerin des Dialogforums aus. Auch hierzu erfahren Sie die Details dann im abschließenden Beteiligungskonzept. Die Gremiumsmitglieder der Bürgervereine vertreten damit nicht nur die Interessen ihrer Ortschaft, sondern der entsprechenden Region. Aus unserer Sicht wäre es wünschenswert, wenn die Vertreter die übrigen Vereine entsprechend über die Arbeit im
---	--	---

	(nicht unrealistisch!!!), dann führt ein Losentscheid nur zu einer scheinbar gerechten Platzverteilung, und die Meinungsvielfalt (und der gesunde Menschenverstand sowieso) bliebe auf der Strecke. - Die Vertreter der einzelnen Interessengruppen sollten nicht durch Straßen NRW (nach Gutdünken) oder Losverfahren benannt werden. Die Vertreter der einzelnen Interessengruppen sollen selbst nach einer Verteilerschüssel einen Vertreter benennen. Die Bürger in Wesseling und Niederkassel sind nicht ausreichend bzw. zu spät informiert worden. Im Gegensatz zu den rechtsrheinischen Ortschaften des Rhein-Sieg-Kreises und die Stadtteilen Kölns ist eine öffentliche Wahrnehmung des Projektes nicht vorhanden. Die Wesselingener Bürger sind bisher von einer Querung des Rheines in Godorf in Verlängerung der Krekrader Straße ausgegangen. Insofern sind die Entwicklungen für Wesseling insbesondere für die Stadtteile Urfeld, Keldenich und Wesseling-Mitte neu. Initiativen konnten sich daher nicht ausreichend informieren oder formieren. Deshalb sind die betroffenen Bürger im Planungsgebiet mit einem Info-Brief zu informieren. Der Termin 21.01.2018 ist dementsprechend zu verschieben. Nur so kann eine angemessene Berücksichtigung der betroffenen Wesselingener Bürger und eine Transparenz des Verfahrens sichergestellt werden. - Vielen Dank für den Vorschlag. Ich finde den Vorschlag für die Zusammensetzung des Dialogforums grundsätzlich richtig, allerdings sollte die Verteilung nicht nach dem (Zufalls-)Prinzip der frühesten Anmeldung erfolgen, sondern intelligenter und transparenter. Die Bornheimer Grünen und die von anderen Parteien gehörten vermutlich zur Gruppe zwei (Verbände und zivilgesellschaftliche Gruppen). Wenn nur von allen Parteien aus allen betroffenen Orten sich 1 Vertreter anmeldet, sind das schon weit mehr als die geplanten 10 Leute und für anderen zivilgesellschaftliche Gruppen (z.B. de Naturschutzverbände) wäre kein Platz mehr. Ich hätte also durchaus dafür Verständnis, wenn nur 1 oder 2 Vertreter der Grünen im Gremium sitzen. Die Auswahl darf allerdings nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgen, sondern ich würde vorschlagen, dass Sie die Bewerbungen clustern und dann z.B. den 5 oder 8 Grünen, die sich anmelden, gemeinsam zurückschreiben, dass sie sich untereinander für einen Vertreter entscheiden sollen. Derzeit wissen wir ja gar nicht, welche weiteren Grünen-Vertreter Interesse haben. Das wissen nur Sie, wenn Sie die Anmeldungen bekommen. - Sehr geehrte Damen und Herren, danke für die Möglichkeit einer persönlichen Beteiligung. Der Vorschlag von Str-NRW findet grundsätzlich meine Zustimmung, vor allem die Flexibilität der Gremienzusammensetzung über die Laufzeit des Projektes. Die Kopfzahl in den Gremien sollte in etwa auf die vorgeschlagene Größe beschränkt werden, damit eine gewisse Effizienz gewährleistet ist. Wie vorgesehen sollten im Bedarfsfall aus besonderem Grund auch noch weitere Einzelpersonen, eventuell auch nur zeitweise, aufgenommen werden können. Bei den ausgewählten Personen sollte ein Mindestmaß an Fachkenntnissen vorhanden sein und die Fähigkeit das Projekt als Ganzes zu begreifen. Insofern scheidet eine reine Auslosung unter Tausenden aus meiner Sicht aus. Die Auswahl dieses Kreises der Gruppe 1 erscheint mir extrem schwierig. Vielleicht sollten aus den geeigneten Bewerbern 2/3 der Teilnehmer durch eine Jury bestimmt werden und 1/3 durch Los oder ähnlich. Auf keinen Fall sollten die Betroffenen überrepräsentiert, aber ausreichend vertreten sein. Von diesem Kreis der interessierten Bürger sollten mindestens 2/3 in irgend einer Weise fachkundig sein. Eine regelmäßige Information, ca. alle 3 Monate, über den aktuellen Stand auf der Internetseite ist hilfreich, eventuell auch die Möglichkeit Fragen zu stellen. Die Beantwortung kann allerdings nicht	Dialogforum informieren. Auch sollten sich alle Interessierten Menschen der Region an die Vertreter wenden können, um mehr über die Diskussion in dem Gremium zu erfahren.
--	--	--

garantiert werden, da dies auch eine Frage der Kapazität ist. Die regelmäßige Information ist der wichtigste Punkt, da sich dadurch eine Vielzahl von Fragen erübrigt. Insofern bieten sich in größeren Abständen Infoveranstaltungen in der Region an, an denen auch bis zu 200 Personen teilnehmen können.

- Grundsätzlich findet Ihr Vorschlag meine Zustimmung.
Da die Gruppen 2 + 3 dann maximal je 12 Vertreter stellen dürfen, werden wahrscheinlich mehr Bewerber, als Plätze vorhanden sein. Deshalb sollten einige Pflichtmitglieder benannt werden, die in jedem Fall vertreten sein müssen und nur unter den restlichen Bewerbern gelost werden.
Falls noch nicht vorgesehen, sollte in einer dieser Gruppen die Ingenieurkammer Bau NRW vertreten sein. Die Kammer ist neutral, unpolitisch und hat im Bedarfsfall Zugriff auf ein großes Potential an Bauspezialisten aller Fachrichtungen. Die würde ich als Pflichtmitglied ansehen.
Es ist darauf zu achten, dass auf keinen Fall Einzelpersonen aus dem direkten Umfeld oder Dunstkreis der Bürgerinitiativen und Interessenverbände den Zugang in Gruppe 1 finden.
Bei den ausgewählten Personen der Gruppe 1 sollte ein Mindestmaß an Fachkenntnissen vorhanden sein und die Fähigkeit des Einzelnen das Projekt als Ganzes zu begreifen. Insofern scheidet eine reine Auslosung unter Hunderten aus meiner Sicht aus. Die Auswahl dieses Kreises der Gruppe 1 erscheint mir extrem schwierig. Vielleicht sollten aus den geeigneten Bewerbern 2/3 der Teilnehmer durch eine Jury bestimmt werden und 1/3 durch Los oder ähnlich. Auf keinen Fall sollten die direkt Betroffenen überrepräsentiert, aber dennoch vertreten sein. Von diesem Kreis der interessierten Bürger sollte der absolut überwiegende Teil in irgend einer Weise fachkundig sein.
Die Federführung in allen Foren sollte immer bei Str-NRW liegen.
Da ich Bauingenieur bin, im Verkehrsraum der Querung wohne und familienmäßig seit über 100 Jahren mit dem Bau von Infrastruktur befasst bin, möchte ich mich gerne für die Gruppe 1 bewerben. Außerdem hatte ich das Glück schon einmal eine Rheinbrücke als verantwortlicher Bauleiter bauen zu dürfen.
- Insgesamt betrachtet, sehe ich das Losverfahren als eher weniger sinnvoll, denn durch das Los könnte die Zusammensetzung der einzelnen Personen am Ende einseitig, auf Grund der persönlichen gleichen Erfahrungen im Leben der Forumsteilnehmer, bestehen.
Ist es daher nicht sinnvoll, die Teilnehmer auf Grund von zweistufigen Verfahren, nämlich in der Vorauswahl zu persönlichen Lebensläufen und danach persönlichen Gesprächen zu bestimmen, so dass die Zusammensetzung der einzelnen Gruppen aus sämtlichen Bereichen besteht? Zielgerichtet immer aus dem Hintergrund der unterschiedlichen Erfahrungen im Leben und des Berufes der einzelnen Gruppenmitglieder - nur so besteht die Chance auf ausgewogene Diskussion und Meinungen, sowie Vorschläge im Forum.
Anders und konkret ausgedrückt:
Was bringt es im Losverfahren der Gruppe Bürger/innen später zehn Hausfrauen (oder einer anderen Gesellschaftsschicht/-gruppe) sitzen zu haben, die ggf. eine mehrheitliche (Gruppen)Meinung aus Eigeninteressen einbringt. Sinnvoller ist doch eine ausgewogene Struktur der einzelnen (Einzel)Gruppen des Forum sicher zu stellen.
Das Losverfahren ist veraltet und weniger demokratisch, eher eine Begründung für Entscheidungsunfähigkeit.
Das Gremium zur Beurteilung des zweistufigen Verfahrens könnte aus drei Personen bestehen, jeweils zu 1/3 aus einer erfahrenen Person der jeweiligen Gruppe und ist nur zu 100% der gleichen Meinung beschlussfähig ein Mitglied zu benennen für die Mitgliedschaft in einer Einzelgruppe - da gibt es auch keine Diskussion hinterher...da jeder eine triftige Begründung den anderen zwei Mitgliedern des Entscheidungsgremiums (und somit gleichwertige Kommission und Kommunikation) entgegen bringen muss.

	Anm.: Der Verfasser ist ausgebildeter Personaler. Die Anmerkung ist angebracht aus dem Hintergrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes AGG und sollte bzgl. Struktur der Einzelgruppen ausgewogen sein, welches das Losverfahren nicht sicher stellen kann. • Der Vorschlag erscheint mir sinnvoll, solange nicht mehr Personen benannt werden, als Plätze vorhanden sind. Das andernfalls vorgeschlagene Auslosen klingt zwar gerecht, aber gerade bei einem Forum, das die wichtigsten Interessenvertreter umfassen soll, kann es so geschehen, dass besonders geeignete Leute oder wichtige Positionen herausfliegen. Besser erscheint es mir, bei zu vielen Bewerbern ein Auswahlverfahren durchzuführen. Z.B. allen mitteilen, dass sich soundsoviele beworben haben, vielleicht macht noch wer einen Rückzieher vorab alle einladen und ihnen die Möglichkeit geben, kurz ihre Interessen/Positionen vorzustellen. Dann wählen alle potenziellen Vertreter aus ihrem Kreis diejenigen aus, die tatsächlich dem Forum angehören sollen. Falls dabei Positionen nicht berücksichtigt wurden oder nachträglich Personen ausgetauscht werden wollen/sollen, sollte eine flexible Anpassung / Ergänzung jederzeit in geringem Umfang möglich sein. • Bei der Auswahl der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sollte nicht ausschließlich per Los entschieden werden, sondern auch die Betroffenheit eine Rolle spielen (z.B. Nähe zur Baumaßnahme). • Sehr geehrte Damen und Herren, Ihr Vorschlag der Zusammensetzung ist prinzipiell gut. Die Aufteilung der entsprechenden Gruppen ist aus meiner Sicht sinnvoll. Ist mit dem Verkehrsverbund der VRS gemeint, so ist er meines Erachtens zur Gruppe Wirtschaft zu zählen. Oder meinen Sie Verkehrsclubs, wie ADAC, AVD etc.? Die Gebietskörperschaften als ständige Mitglieder und nicht als Gäste oder Gruppe der Amtsträger würde ich ebenfalls zur Gruppe Wirtschaft/Gewerkschaften zuordnen. Gäste sollten nach Bedarf eingeladen werden können. Der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen ist die Messlatte. Daran wird sich das Dialogforum messen lassen müssen. Diese Aussage muss der Leitsatz des Forums sein. Das Losverfahren betrachte ich kritisch. Akteure, die sich bisher eingebracht haben und zwingend dabei sein sollten (B.U.N.D., Initiativen der direkt betroffenen Bürger), könnten dadurch vom Verfahren ausgeschlossen werden. Bürgervereine der rechtsrheinischen Gebiete, die nicht als Anlieger betroffen sind, könnten allerdings in das Forum hineingewählt werden. Es muss gewährleistet sein, dass direkten Anliegern der Vorrang einzuräumen ist. Der B.U.N.D. und der NaBu dürfen als wesentliche Akteure auch nicht ausgeschlossen werden und müssen als Teilnehmer gesetzt sein. Vor allem der B.U.N.D., der sich bisher auch eingebracht hat. Ein Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger erscheint mir sinnhaft. Die Ausgewogenheit zwischen Pro und Contra bei der Auswahl der Teilnehmer erscheint mir wichtig. Hier ist ebenfalls direkt betroffenen Bürgern der Vorrang einzuräumen, da nicht auszuschließen ist, dass Interessengruppen versuchen zusätzliche Vertreter ins Forum einzubringen, ist wie bereits erwähnt der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von besonderer Bedeutung. Ich würde mir wünschen, dass zeitnah eine umfangreiche Information bezüglich des Bewerbungsverfahrens seitens Straßen.NRW erfolgt, dass es mit der Rheinspange wirklich losgeht. Dies erachte ich als unabdingbar, da viele Bürger es bisher immer noch nicht glauben. • Ich spreche mich für eine paritätische Auslosung aus. • Nur so können die Betroffenen beider Varianten gleichberechtigt gehört werden. • ok. aber die zufällige zusammensetzung kann auch zu einer nicht korrekten wiedergabe der meinung der bürgerinnen und bürgern führen. die reduktion auf 35 plätze ist für die arbeitsfähigkeit vielleicht	
--	---	--

	notwendig, aber man es ist nicht zu erwarten, dass ein repräsentatives Ergebnis für die ganze Region herauskommt. • Bei der begrenzten Teilnehmerzahl am Dialogforum besteht die Gefahr, dass nicht alle zivilgesellschaftlichen Interessengruppen vertreten sein werden. Das Losverfahren wirkt ungerecht. • Das Losverfahren halte ich eher für eine Notlösung. Idealerweise einigen sich die entsprechenden Gruppen, wer in das Gremium einzieht. Hier sollte die entsprechende Erfahrung, Qualifikation, zeitliche Flexibilität ausschlaggebend sein. • Das Losverfahren ist sehr kritisch zu betrachten. Es kann sein, dass dadurch Akteure, die zwingend dabei sein müssten und sich bisher stark engagiert haben (z. B. BUND, BIs der direkt Betroffenen) nicht vertreten wären, dafür aber z. B. Bürgervereine der rechtsrheinischen Bezirke, die nicht direkt Anlieger wären. Direkten Anliegern ist Vorrang einzuräumen. Der BUND als wesentlicher Akteur darf nicht weggelost werden und muss als Teilnehmer gesetzt sein. Ein Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger ist sinnvoll. Bei der Auswahl der Teilnehmer muss auf die Ausgewogenheit Pro/Contra geachtet werden. Direkt betroffenen Bürgern (Pro und Contra) ist auch hier der Vorzug zu geben. Da nicht auszuschließen sein wird, dass Interessengruppen versuchen zusätzliche Vertreter einzuschleusen, ist der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von besonderer Bedeutung. Eine umfangreiche Information vor dem Bewerbungsverfahren darüber, dass es mit der Rheinspange wirklich losgeht, ist wichtig. Viele Bürger glauben das bisher nicht. • Losverfahren ist generell o.k., aber zwingend paritätisch (siehe vorherige Frage). • Für den Fall, dass mehr Bewerbungen eingehen, als Plätze vorhanden sind, sollte nicht zwingend das Los entscheiden. Die Bewerber sollten zunächst die Möglichkeit haben, sich untereinander zu einigen.	
--	--	--

Regeln für die Zusammenarbeit

- Wenn Sie die Bürgervereine anschreiben und um Vorschlag nur für eine Person bitten, ist m. E. keine ausreichende Kontinuität gewährleistet, da im Verhinderungsfall keine Beteiligung mehr gewährleistet wäre.
Es sollten daher je Bürgerverein mind. 2 Vertreter benannt werden können.
- Die unterschiedliche und bereichsübergreifende Zusammensetzung aller Interessierten für ein Dialogforum, indem der Austausch und die Erarbeitung möglicher Lösungsansätze der Umsetzung des Projektes Rheinspange 553 im Vordergrund steht, halte ich für einen sehr guten Ansatz. Sehr wichtig ist auch die Möglichkeit sich auf Augenhöhe mit allen beteiligten Parteien auszutauschen.
Hier sollte / muss ein wertschätzender Umgang von allen Beteiligten entwickelt werden, bei dem Argumente, Vorschläge und Ideen im Mittelpunkt stehen.
Das Konzept eines offenen Prozesses, in dem Experten zu einzelnen Themen hinzugezogen werden können, ohne ständig das Erarbeitete zu wiederholen, finde ich einen sehr guten Ansatz. Der mögliche Austausch/Wechsel von Mitgliedern des Dialogforums, bezogen auf den evtl. langen zeitlichen Prozess, sollte eindeutig geregelt und dokumentiert werden.
Die Größe der Gruppe von 30 - 35 Personen ist meines Erachtens in Ordnung. Für mich stellt sich jedoch noch die Frage: Wie werden erarbeitete Vorschläge des Forums bei den Entscheidern aufgenommen und in welcher Form wird über diese Vorschläge gemeinsam diskutiert und entschieden?
Jede Ablehnung eines Vorschlags muss final besprochen und eindeutig geklärt werden, sowie jede Befürwortung eines Vorschlags und die mögliche Umsetzung dokumentiert werden. Sollte eine Ablehnung z.B. nicht besprochen / geklärt werden, wird das Projekt zum Scheitern verurteilt sein.
- In der Theorie scheint mir die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Dialogforums sinnvoll. In der Praxis kommt es natürlich sehr auf die dann beteiligten Personen an, wie die Diskussionen laufen. Ein offener Austausch wäre wichtig ohne ideologische Verbohrtheit.
Offen scheint mir noch der Weg zur endgültigen Entscheidungsfindung. Wenn die Empfehlungen letztendlich nicht durch Mehrheitsentscheid abgegeben werden, wie soll der Prozess dann laufen?
- Prinzipiell ist der Vorschlag gut. Die Aufteilung der Gruppen ist sinnvoll. Sollte mit Verkehrsverbund der VRS gemeint sein, gehörte er in die Gruppe Wirtschaft. Vermutlich meinen Sie jedoch den ADAC und ähnliche. Es sollte eine hälftige Besetzung mit Bürgern zustande kommen. Wenn die Gebietskörperschaften als ständige Mitglieder und nicht als Gäste oder der Gruppe Amtsträger zugeordnet teilnehmen sollen, gehörten sie zur dritten Gruppe Wirtschaft/Gewerkschaften.
Gäste nach Bedarf einzuladen ist unabdingbar.
An dem Satz Die Kraft des Arguments muss zählen wird sich das Dialogforum messen lassen müssen. Diese Aussage wäre quasi die Überschrift des Forums.
- Die Anzahl finde ich angemessen. Es sollte jedoch möglich sein Vertreter zu entsenden, falls ein Teilnehmer nicht kann.
Wichtig wäre meiner Meinung nach eine Auslosung welche die Befürworter/Feinde der Nord und Süd Variante gleich behandelt. Somit kann verhindert werden dass ein Lager im Dialogforum nicht gehört werden kann.
Eine Beteiligung der Jugend wäre meiner Meinung nach auch wichtig. Die Jugend ist schließlich die Gruppe die am längsten mit der Entscheidung leben muss. Hier sollte man eventuell Jugendvereine bzw. Vertreter mit einbeziehen.
- Die Installierung eines solchen Forums finde ich grundsätzlich eine sehr gute Idee, welche unbedingt umgesetzt werden sollte.
Eventuell würde ich den Kreis der Teilnehmer auf 35-40 Teilnehmer erhöhen. So ist es

Wir teilen Ihre Einschätzung, dass es im Dialogforum um den fairen und ausgewogenen Austausch unterschiedlicher Argumente, Vorschläge und Ideen gehen muss. Damit ein solcher offener Austausch auf Augenhöhe funktioniert und das Dialogforum gleichzeitig handlungsfähig ist, werden sich die Mitglieder des Dialogforums in der ersten Sitzung selbst eine „Geschäftsordnung“ bzw. „Regeln für die Zusammenarbeit“ geben. Dort kann auch gemeinschaftlich geregelt werden, wie eine Vertreterregelung aussehen kann.

Protokolle werden zu jeder Sitzung angefertigt, mit den Teilnehmenden abgestimmt und anschließend transparent veröffentlicht. Auch andere mögliche Ergebnisse der Gremienarbeit werden entsprechend aufbereitet und der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Die Sitzungen des Dialogforums werden durch unseren Dienstleister, die IFOK GmbH, betreut und moderiert. Damit ist eine professionelle Prozessgestaltung sowie eine umfassende Unterstützung aller Gremienmitglieder sichergestellt.

	wahrscheinlich, dass es nicht allen Mitglieder möglich ist bei jedem Termin anwesend zu sein. Andernfalls könnte man eine Vertreterregelung einführen. Hier müsste durch den Vertretenen jedoch sichergestellt sein, dass die entsendete Person ebenfalls über den aktuellen Stand informiert ist. Wichtig wäre meiner Meinung nach zudem, dass die Betroffenen beider Varianten gleich behandelt werden. Also eine gleiche Verteilung in dem Gremium sichergestellt ist. Nur so kann verhindert werden, dass eine Seite sich später schlecht informiert - eventuell sogar übergangen - fühlt. Dies würde den Gedanken des Gremiums (die Beteiligung aller Betroffenen) untergraben und zunichte machen. • Sehr geehrte Damen und Herren, grundsätzlich halte ich Ihren Vorschlag für gut, sofern gewährleistet wird, dass eine hälftige Besetzung mit Bürgern gewährleistet wird. Bezüglich der politischen Amtsträger, die das Projekt aus wirtschaftlichen Interessen unterstützen, bin ich der Meinung, dass diese dann eigentlich fast schon eher in die Gruppe 3 Vertreter der regionalen Wirtschaft und Gewerkschaften gehören müssten. Gäste nach Bedarf einzuladen sollte jederzeit möglich sein, seien es Politiker, Umweltspezialisten, Gutachter, Ingenieure oder sonstige Experten, die zu einer bestmöglichen und zielführenden Lösung mit beitragen können. Der von Ihnen postulierte Satz Die Kraft des Arguments muss zählen muss zählen würde ich sogar zum Namen oder eher noch zum Motto des Dialogforums machen wollen. Hoffentlich kommt Ihr Grundgedanke auch zum Tragen und es passiert nicht, dass aufgrund von Mehrheitsinteressenten kleinere Gruppen oder Einzelne gar kein Gehör finden geschweige denn überhaupt zu Wort kommen. Gleiches trifft auch für das Bewerbungsverfahren für die Gruppe Bürger zu. Bei der Auswahl der Teilnehmer am Dialogforum sollte unabdingbar auf die Ausgewogenheit von Pro und Contra geachtet werden. Direkt betroffenen Bürgern (Pro und Contra) sollte auch hier unbedingt der Vorzug gegeben werden. Dass Interessengruppen u. U. versuchen könnten, zusätzliche Vertreter einzuschleusen, ist nicht ganz auszuschließen. Deswegen ist, wie oben bereits von mir erwähnt, der Satz Die Kraft des Arguments muss zählen von eminent wichtiger Bedeutung. Eine umfangreiche Information bereits vor dem Bewerbungsverfahren darüber, dass das Projekt Rheinspange tatsächlich gestartet wird, wäre sehr wichtig und zielführend. Viele Bürger glauben das aufgrund der zahlreichen Zeitungs-Sommerloch-Geschichten leider immer noch nicht bzw. haben deswegen die Ernsthaftigkeit der Lage noch nicht erkannt. • Sehr geehrte Damen und Herren, zunächst unterstütze ich ihren Vorschlag voll, Auch den Hinweis dass die TN entsprechend des Projektfortschrittes wechseln können aber es sollte nicht ein dauerndes Wechseln sein, denn dies könnte die Kontinuität der aufgenommenen Arbeiten erschweren auch hinsichtlich der sich entwickelnden persönlichen Zusammenarbeit die ja eine bedeutende Rolle spielt. Die fachliche Begleitung durch die Agentur sollte auch nicht wechseln, da besonders die beteiligten Bürger hier auch ein Vertrauen aufbauen und eine Unterstützung darin sehen. Die Industrie wird immer auch mit direkten wirtschaftlich getriebenen Eigeninteressen verbunden und da ist ein ausgleichendes vermittelndes Element ohne Zweifel fortschrittsfördernd. Ergänzen möchte ich, dass bei den Gremiensitzungen zunächst zum Start ein professioneller Moderator/ Mediator fest mit eingeplant ist. Auch möchte ich vorschlagen, dass die Sitzungen in Form von Ergebnisprotokollen dokumentiert werden und prozessentscheidende Vereinbarungen die zwischen den Akteuren getroffen werden schriftlich festgehalten werden.	
--	--	--

	Darüber gibt es sicherlich noch weitere Details die dann aber seitens der gewählten TN in der konstituierenden Auftaktsitzung besprochen werden sollen. Dies würde bei dieser Umfrage zu weit führen.	
--	---	--

Allgemeine Zustimmung	• Den Vorschlag finde ich gut, dass die Bürger über öffentliche Aktionen auf die Möglichkeit, sich zu beteiligen hingewiesen werden und sich dann bewerben können. So hat jeder / jede eine faire Chance, sich einzubringen. • Zustimmung, das ist der richtige Teilnehmerkreis • Zustimmung • Der Vorschlag ist in meinem Sinne und erhält meine Zustimmung. • Auch hier stimme ich Ihrem Vorschlag voll und ganz zu. • i.O. • i.O. • Vorschlag ist für uns ok • ebenfalls ok • Ich halte den Vorschlag für sinnvoll und werde mich auch bewerben. • sehr gut! Der Vorschlag der Zusammensetzung des Dialogforum ist gut • Sehr gut! • In Ordnung • ok • ok • Ich halte die Vorgehensweise für akzeptabel. • Finde ich eine gute Idee. Es müssen gerade Bürger befragt werden die betroffen sind und nicht nur die Hohen Bauherren und Politiker. Ich persönlich möchte diese Brücke nicht haben, da sie ziemlich nah an unserem Haus liegt und somit im Falle eines Verkaufes die Preise deutlich fallen. Allein die Geruchs- und Lautstärke möchte ich nicht haben. • Ich finde die Zusammenstellung gut, da man hiermit mögliche klagen verhindern und somit eine Verzögerung verhindern kann. Aber auch gute Ideen könnten durch diese Zusammenstellung kommen da auf Interessen der Bürger in den Regionen besser eingegangen werden können. • Die Idee ist nicht schlecht. Allerdings denke ich , dass am Ende doch der Lobbyismus siegen wird. Wir müssen über eine generelle Änderung des Verkehrskonzeptes nachdenken und nicht immer alles zugunsten des KFZ-Verkehrs planen! Egal was es kostet! • Gut • einverstanden • Ihren Vorschlag finde ich richtig und ausgewogen. • Ja das ist richtig so • Halte ich für geeignet. • Die Aufteilung ist vernünftig und nachvollziehbar. • Klingt gut für mich :) • Die Zusammensetzung ist sinnvoll! • Gutes Konzept. • Ich glaube auch, dass es leider keine bessere Lösung gibt. • Ich finde den Vorschlag von den 3 Gruppen sehr gut. Mich interessiert es auch, wie es vorran geht und würde mich freuen, in der 1. Gruppe dabei sein zu können. • Sehr guter und fairer Vorschlag. Im Moment habe ich keine andere Idee. • Der Vorschlag ist gut! • Zusammensetzung erscheint mir sinnvoll.	Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Befragung für ihre Unterstützung und die vielen positiven Rückmeldungen zu unseren Vorschlägen!
------------------------------	--	---

- Für mich OK.
- In Ordnung
- Gute Idee, lieber mit den Menschen als über den Kopf der Beteiligten!
- gut
- keine Einwände
- ist i.O.
- find ich gut
- Die Zusammensetzung des Dialogforums finden wir in Ordnung.
- Der Vorschlag sagt mir zu.
- Finde ich ok
- OK
- Es ist nötig über solche Themen zu sprechen.
Ich finde es gut und extrem Wichtig dass die Bürger mit einbezogen werden und nicht über Ihre Köpfe hin weg entschieden wird.
- positiv
- Finde ich gut!
- Finde es im Grunde gut das auch interessierte Bürger sich beteiligen können nur ist für mich nirgendwo ersichtlich wo ich mich dafür melden kann
- Finde ich ausgewogen und gut
- Bin grundsätzlich mit dem Vorschlag einverstanden.
- Dem Vorschlag zur gleichmäßigen Besetzung des Dialogforums, aus den dargestellten Gruppen, stimme ich weitestgehend zu.
- Ich bin Ihrem Vorschlag einverstanden.
- Sehr gut
- Ich stimme zu.
- Sofern die Einladung zum Bewerbungsverfahren wirklich breit gestreut wird und alle erreicht finde ich die Vorgehensweise in Ordnung. Es wäre interessant wie die Belegung der Plätze bei einer Überzahl an Bewerbungen geregelt wird.
- OK
- Ich finde es gut, dass nicht nur den Bürgerinitiativen Raum gegeben wird, sondern darüber hinaus auch Einzelnen Bürgern.
- Interessierte Bürger und Bürgervereine getrennt zu behandeln finde ich gut. Werden Kriterien für die Teilnahme festgesetzt?
- Gut
- Ich finde den Vorschlag gut!
- Wenn es dadurch nicht zu Verzögerungen kommt, finde ich die Idee gut.
- Gut
- Wenn Sie denken eine Auswahl durch Strassen.NRW ist sinnvoll werde ich diesem Vorschlag zustimmen.
- Ich stimme zu.
- Die Beschreibung des Prozesses wirkt recht allgemein und enthaelt vermutlich viele Freiheitsgrade. Das heisst aber auch, dass durch dieses Verfahren eine gute Wahl der Vertreter erfolgen kann.

Sonstige Anregungen	• Keine Vorschläge • Diese Idee ist nicht schlecht, aber man sollte sich überlegen, ob dieses Projekt wirklich wirtschaftlich ist. Die hiesige BAB 555 und die Bundesstraße B9 sind zu Stoßzeiten schon extrem überlastet, das sich das Problem des Verkehrs nur verlagert. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehr, wäre hier angebracht. • Ich finde jeder hat das Recht sich zu äussern • Sehr geehrte Damen und Herren, [...] können wir die Planung und den Bau einer zusätzlichen Rheinbrücke zwischen Köln und Bonn nur begrüßen! (Rodenkirchen und Bonn Nord haben schon einige Verschleißerscheinungen) Bei der Entscheidung zum Standort WESSELING Nord oder Süd können wir uns beide Varianten gut vorstellen, favorisieren aber WESSELING Nord. ◦ viel bessere Möglichkeiten zum Anschluß einer kombinierten Straßen / Eisenbahnbrücke ◦ optimale Straßenanbindung zur A 553, A 555 und A 59 (schon teilweise vorhanden) ◦ zukünftige Entlastung der A 555 und A 4 zur Rodenkirchener Autobahnbrücke ◦ gute Chancen zur Verkehrsverlagerung mit ÖPNV und Güterverkehr auf der Schiene (Nähe DB Eifeltor) ◦ günstiger Baustellenverkehr, da vorhandene Hafenanlage für Zu - und Anlieferung von Baustoffen, Großkonstruktionen und Recycling • Ich halte es für sehr wichtig, betroffene Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Bisher ist dies aber in der Öffentlichkeit noch nicht richtig angekommen. Es müsste dazu mehr Hinweise geben. • Wichtig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger verstehen, um was es geht. Es müsste jeder Haushalt in den betroffenen Gebieten eine Information erhalten. • Ich zähle mich zur Gruppe 1, interessierte Bürger aus der Region und bin wohnhaft in Troisdorf-Spich. Das Konzept für die Rheinspange BAB A 553 als Beteiligungsscoping finde ich sehr gut. Ich möchte mich aber nicht als Mitglied dieser Gruppe bewerben, sondern vielmehr interaktiv meinen Beitrag per E-Mail für diese Gruppe leisten. [...] Nun bin ich jetzt Rentner und würde mich freuen einen qualifizierten Beitrag zu leisten, um zu einer einvernehmliche Gesamtlösung zu finden. Es sind noch eine Vielzahl von Problemen zu lösen, wie etwa der ÖPNV über die Rheinbrücke ja oder nein, sowie der Knotenpunkt Anbindung der BAB A 553 an die BAB A 59 mit der T&R-Anlage Liburer Heide. Dieses wird nicht einfach sein da ja noch weitere Planungen im Porzer Süden und Troisdorf Nord bestehen die einer Lösung bedürfen. Hier sei nur die Planungen für die L274n, L269 und K 24 genannt. Ich hoffe das ich mich per E-Mail daran beteiligen kann. • Der Vorschlag zur Zusammensetzung des Gremiums erscheint mir sinnvoll. Um die bestmögliche Transparenz zu schaffen, wäre es aus meiner Sicht wünschenswert, den Ort des Dialogforums so zu wählen, dass zusätzliche Interessierte als Publikum dabei sein und die Diskussion mitverfolgen können, auch wenn sie sich nicht direkt beteiligen. So können alle der bisher aktiv Beteiligten zumindest dabei sein und gewährleisten, dass ihre Belange berücksichtigt werden. Wenn nicht, sollten sie die Möglichkeit habe, anschließend bzw. zu bestimmten Zeiten des Prozesses in geeigneter Weise ihren Hinweis abzugeben. • Grundsätzlich finde ich die Idee gut. Den Ablauftermin finde ich schlecht zu früh. Für uns war kdie Variante einer Südtagente viel spät kommuniziert worden. Hier hätte ich mir als Unternehmerin und Bürgerin ein bessere Aufklärung gewünscht.	Ihren Anmerkungen in Bezug auf eine breite und großangelegte Bekanntmachung des Bewerbungsverfahrens kommen wir gerne im Rahmen unserer Möglichkeiten nach. Konkret werden wir in Kürze sowohl die Presse informieren als auch selbst mit unserem Info-Mobil im südlichen Planungsraum vor Ort sein. Außerdem planen wir eine Postwurfsendung im gesamten Planungsraum, um noch einmal über den Stand der Planung zu informieren und auf die Beteiligungsmöglichkeiten aufmerksam zu machen. Wir bitten um Ihr Verständnis, dass die im Rahmen der Befragung geäußerten Bewerbungen für einen Platz im Dialogforum nicht berücksichtigt werden. Wir würden Sie bitten, sich noch einmal offiziell in dem späteren Auswahlverfahren zu bewerben. Über unseren Infobrief erhalten Sie in jedem Fall rechtzeitig Bescheid. Für diesen allgemeinen Newsletter können Sie sich jederzeit per E-Mail an rheinspange@strassen.nrw.de anmelden. Vielen Dank auch für die ersten Anregungen bezüglich der Planung. Diese nehmen wir ebenfalls schon jetzt gerne auf.
-----------------------------------	---	--

- Also ich finde es generell gut das man Köln und Bonn schneller verbinden will . Aber als Anwohner finde ich das nicht so gut da man alles mitbekommt was auf dieser Brücke passiert . Wenn man im Sommer nachts das Fenster auf macht hört man schon die Shell aber wenn da jetzt auch noch eine Autobahn hin kommt dann hat man ja noch mehr Lärm und das finde ich persönlich garnicht gut . Darum bin ich gegen die Brücke denn ich würde direkt an der Brücke wohnen und es stört einfach wenn man alles mitbekommt was auf der Brücke passiert .
- Solange das Dialogforum nicht über die Frage beteiligt wird, ob es überhaupt eine Autobahnbrücke braucht und was mit den anderen Verkehrsträgern ist, ist das ganze Verfahren Scheindemokratie. Es muss im Verfahren wenigstens irgendwo die Möglichkeit gegeben werden, das Verfahren auch ganz abzulehnen - also diese Meinung zu äußern.
- Durch die Dreiteilung der Forumsmitglieder wird zu mindestens versucht dem ganzen einen demokratischen Anstrich zu geben.
Grundsätzlich müsste aber auch alternativen (Größere Ringumfahrung von Köln) geprüft werden.
- Das Dialogforum wird so nicht die Belange der Bürger berücksichtigen können, da die betroffenen Bürger nicht ausreichend Platz haben.
Es sollte daher auch eine genaue Definition der Teilnehmer aus den betroffenen Städten, z.B. Wesseling erfolgen.
Auch sind Bürger bislang nicht Offensiv genug informiert worden, so dass diese sich bislang noch nicht mit den Themen beschäftigen konnten oder sich organisieren konnten.
- Sehr geehrte Damen und Herren,
erstmal finde ich es gut das so ein Beteiligungsverfahren ins Leben gerufen wurde! Doch das und wie dieses geschieht finde ich sehr bedenklich!
Die Veröffentlichung zur Möglichkeit an Beteiligung an diesem Projekt ist sehr mangelhaft!
Ich habe erst jetzt von dieser Umfrage aus der Online-Seite des General Anzeiger Bonn via Verlinkung Facebook erfahren! Das man/frau sich nur bis Sonntag den 21.1 beteiligen kann ist viel zu kurz! Die menschen in der Region sollten schon besser und umfänglicher über dieses Verfahren informiert werden! Zeitungsanzeigen, Briefpost Berichterstattung in den öffentlich rechtlichen Medien usw!
Alleine auf ihrer Homepage dies bekannt zu geben reicht bei weitem nicht!
- Grundsätzlich finde ich einen Dialog gut. Ich habe aber die Befürchtung, dass hier manipuliert wird. So heißt es u. a. immer wieder, dass alle Bürger hinsichtlich der frheinspange informiert wurden und entsprechen Flyer an die Haushalte versandt wurden. Wir haben diesbezüglich nie einen Flyer erhalten. Erst durch die Medien, insbesondere durch den Werbekurier sind wir auf den aktuellen Stand aufmerksam geworden.
Da ich Betroffener dieses Planes bin, bin ich absolut gegen den Plan. Wir haben in den 80er Jahren in Urfeld in der Wald siedlung gebaut. Damals existierte der bessere Plan die Tangente über Godorf zu führen. In den letzte Jahren hat zudem der Lärm der Autobahn 555 erheblich zugenommen. Ich messe hier am Schlafzimmerfenster2 schon teils Werte über 70db. Was macht hier aber Starßen NRW dagegen? Nichts! Eine Schallschutzmauer wird den Urfeldern in der Waldsiedlung verwehrt. Zudem kommt, dass die neuen großen Industriegebäude auf der anderen Seite der Autobahn den Schall erheblich verstärken. Hier wird aber kurioserweise daran gedacht, den armen Mirarbeitern die ihr Büro direkt an der Autobahn haben, diesen durch den Bau einer Schallschutzmauer zu lindern (HaHa).
Zum anderen hat sich die Stadt Wesseling schon sehr stark an die Shell verkauft. Hier wurden in den letzten Jahren Siedlungen geräumt, damit diese nicht so nah am Werk stehen. Nachdem das jetzt alles passiert ist, hat Shell den Plan das Werk entsprechend auszuweiten. Damit geraten Siedlungen

	wie Urfeld und die Waldsiedlung wieder näher ans Werk; was wiederum eine zusätzliche Belastung darstellt! Ganz zu schweigen vom Kerosinsee, der den Verkauf unserer Häuser auch schon entsprechend verringert hat. Seit ca. einen Jahr fliegen zudem nachts die Frachtmaschinen vom Flughafen Köln/Bonn direkt über die Shell. Ach hier ist die Lautstärke enorm. Auf Anfänge am Flughafen ist dies nicht so. Kurioserweise erscheinen diese Flieger nicht auf entsprechenden Internetplattformen, bei denen man den Flug nachverfolgen kann. Jetzt kommt der Plan der Brücke. Dieser Plan sorgt dafür, dass wir unser Haus nur noch schwer oder mit entsprechendem Verlust verkaufen können. Der Plan, dass die Autobahn erhöht geführt wird, wird für viel zusätzlichen Lärm und Umweltbelastung sorgen. Weiter halten wir es nicht für gut, dass so eine Tangente fast direkt über das Werksgelände der Shell vorbeiläuft. Shell ist ja auch dafür bekannt, dass viele Zwischenfälle erfolgen. Aus der Planung schließen wir, dass der Stadt Wesseling die Orte Urfeld und insbesondere die Waldsiedlung und deren Einwohner egal sind. Der Plan die Tangente über Godorf zu führen ist doch viel effizienter. Hier haben wir zusätzlich die direkte Anbindung über Brühl an andere Autobahnen und gleichzeitig über Porz eine Top Anbindung am Flughafen! Weiter könnte man auch die bestehenden Brücken in Köln und Bonn erweitern. Im übrigen hat uns der Staat selber in die Misere gebracht. Ein weiterer Ausbau des Schienennetzes (Cargofracht über Bahn) und des Nahverkehrs wurde jahrelang versäumt, bzw. deswegen nicht weiterverfolgt, da die Steuereinnahmen über den KFZ-Verkehr entsprechend höher waren. Zum anderen waren die Brücken schon in den 80er und 90er Jahren marode. Dies weiß ich, da ich zu dieser Zeit beim LVR gearbeitet habe und dort die entsprechenden Brückenprüfungen stattgefunden haben. • Das Dialogforum sollte jede geplante Trassenführung gleichberechtigt behandeln, mit interessierten Bürgern, Interessengruppen und Vertretern der Öffentlichkeit. Eine Benachteiligung der Betroffenen Bürger, Kommunen und ortsansässigen Wirtschaft durch eine erst späte Hinzuziehung / Inbetrachtung der Süd-Variante darf nicht entstehen. • Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die online-Befragung. Grundsätzlich finde ich die frühzeitige Beteiligung der verschiedenen Interessenvertreter gut. Verwundert bin ich jedoch über die unterschiedliche zeitliche Information. Bis vor kurzem hatte ich nur die Information zu einer Brücke als Verlängerung der Kerkrader Straße in Köln-Godorf. Ende 2017 habe ich erstmals von der angedachten Variante nördlich des Stadtteils Urfeld erfahren. Diese Variante würde sich unmittelbar an unseren Garten anschließen. Die damit verbundenen Befürchtungen muss ich hier sicherlich nicht erläutern. Am 4. Dezember 2017 hatten wir uns bei Strassen NRW per email nach dem Verlauf der zweiten Variante erkundigt. Leider haben wir hierzu keine Antwort erhalten. Ich erwarte insbesondere in der jetzigen Phase mehr Transparenz hinsichtlich der in Prüfung befindlichen Varianten. Erst vor wenigen Tagen habe ich von einer dritten Variante in Bornheim. Auch hierzu finde ich keine konkreten Informationen. Aufgrund der späten Information der Urfelder Bürger war die Beteiligung bei den von Ihnen organisierten Veranstaltungen entsprechend gering. • Ich bewerbe mich hiermit als Mitglied des Dialogforums! • Wenn die Bürgervereinigung Rodenkirchen, der die Entwicklung des Kölner Südens ein wichtiges Anliegen ist, sowieso dabei ist wie beim Scopingprozess, dann muss ich hiermit meine Bewerbung stornieren, sage aber gerne, was ich von den Vorschlägen halte.	
--	--	--

	• wo muss ich mich per mail bewerben. Es wird geschrieben und geschrieben. Warum gibt es hierfür keinen Link? • Die Drittelung des Dialogforums halte ich für sinnvoll. Allerdings müsste erst die konkrete Linienführung der Rheinquerung feststehen. Ich bin Verkehrsingenieur und wohne in Niederkassel Ort. Jetzt hörte ich, dass auch eine Querung südlich Evonik möglich wäre. Bisher hat mich die Planung nicht weiter interessiert, da seit 1965 immer nur von einer Querung zwischen Lülsdorf und Langel die Rede war. So geht es sicherlich auch vielen anderen Bürgern in Niederkassel. Auch in ihren bisherigen Veröffentlichungen kann man nicht ersehen was wirklich geplant ist. • Klingt plausibel, hiermit bewerbe ich mich um einen Teilnahmeplatz in der Kategorie: direkt Betroffener, interessierter Bürger!	
--	---	--